

(A) **Beginn: 10.01 Uhr**

Präsident Ulrich Schmidt: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Ich begrüße Sie zu unserer heutigen 94. Sitzung in dieser Wahlperiode und heiße Sie alle herzlich willkommen. Ich begrüße insbesondere unsere Gäste auf der Zuschauertribüne sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Medien.

Für die heutige Sitzung haben sich 16 Abgeordnete **entschuldigt**; ihre Namen werden ins Protokoll aufgenommen.

Meine Damen und Herren, bevor wir mit unserer heutigen Tagesordnung beginnen, möchte ich noch die **Verpflichtung** eines neuen Abgeordneten vornehmen, die in unserer letzten Sitzung am 2. September nicht durchgeführt werden konnte.

Der Landeswahlleiter hat mir mit Schreiben vom 3. August 1998 mitgeteilt, daß als Nachfolger des am 31. Juli 1998 ausgeschiedenen Landtagsabgeordneten Wilhelm Riebinger mit Wirkung vom 1. August 1998 Herr **Dr. Harald Pohlmann**, Narzissenweg 25, 32657 Lemgo, Mitglied des Landtages geworden ist.

(B) Ich darf den Kollegen Pohlmann bitten, zu mir zu kommen, damit ich die nach § 2 unserer Geschäftsordnung vorgesehene Verpflichtung vornehmen kann.

(Die Abgeordneten erheben sich von ihren Plätzen. Dr. Harald Pohlmann begibt sich zum Präsidenten.)

Lieber Kollege Pohlmann, ich bitte Sie, die folgenden Worte der Verpflichtungserklärung anzuhören und anschließend durch Handschlag zu bekräftigen:

"Die Mitglieder des Landtags von Nordrhein-Westfalen bezeugen vor dem Lande, daß sie ihre ganze Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, die übernommene Pflicht und Verantwortung nach bestem Wissen und Können erfüllen und in der Gerechtigkeit gegenüber jedem Menschen dem Frieden dienen werden."

(Die Verpflichtung wird durch Handschlag des neuen Mitglieds des Landtags mit dem Präsidenten bekräftigt.)

Ich heiße Sie herzlich willkommen und wünsche uns allen eine gute Zusammenarbeit mit Ihnen. Herzlich willkommen, Herr Dr. Pohlmann! (C)

(Allgemeiner Beifall)

Meine Damen und Herren, wir treten in die Beratung unserer heutigen **Tagesordnung** ein. Ich rufe auf:

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1999 (Haushaltsgesetz 1999) und Gesetz zur Sicherung des Haushalts (Haushaltssicherungsgesetz)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 12/3300

erste Lesung - Beratung

in Verbindung damit:

Mittelfristige Finanzplanung des Landes Nordrhein-Westfalen für die Jahre 1998 bis 2002

Unterrichtung
durch die Landesregierung
- zur Beratung -
Drucksache 12/3301 (D)

und

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 1999 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 1999

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 12/3302

erste Lesung - Beratung

Meine Damen und Herren, wir setzen damit heute die am 2. September unterbrochene erste Lesung der Haushaltsberatungen mit den Stellungnahmen der Fraktionen fort.

Ich **eröffne die Beratung**, und zwar zunächst zum Beratungsblock

(Präsident Ulrich Schmidt)

(A) I. Haushalt

Für die CDU-Fraktion erteile ich dem Kollegen Diegel das Wort.

Helmut Diegel (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Finanzminister hat in der vergangenen Woche für die rot-grüne Landesregierung in Nordrhein-Westfalen den Haushaltsentwurf für das Jahr 1999 hier eingebracht. Er hat dabei einerseits die hohe Schuldenlast beklagt und andererseits wieder einmal den Versuch unternommen, schlechte Zahlen schönzureden.

(Zuruf von der CDU: So ist es!)

Herr Finanzminister, ich spreche Sie einmal persönlich an: Sie scheinen es nicht aufzugeben. Glauben Sie denn wirklich noch das, was Sie hier erzählen? Sie veranstalten hier die üblichen Politkritikrituale. Dafür sind die Zeiten aber wirklich viel zu ernst. Bitte unterlassen Sie solche Rituale!

(Beifall bei der CDU)

Was wir brauchen, ist Klartext. Wir brauchen Klarheit und Wahrheit, und das wollen wir auch von dieser Landesregierung hören. Ich habe das Gefühl, Herr Finanzminister, Sie haben nur davon ablenken wollen, daß Sie ein Haushaltssicherungsgesetz vorlegen mußten, um überhaupt noch einen ausgeglichenen Haushalt präsentieren zu können.

(B)

(Beifall bei der CDU)

Vergegenwärtigen wir uns, daß dies seit 1982 erst das zweite Haushaltssicherungsgesetz in Nordrhein-Westfalen ist. Das ist das Eingeständnis des finanzpolitischen Versagens dieser Landesregierung.

(Beifall bei der CDU)

Um Klartext zu sprechen, Herr Finanzminister, nenne ich jetzt einmal die Fakten:

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Erstens. Der Schuldenberg wird in Nordrhein-Westfalen auf 160 Milliarden DM anwachsen. Damit haben sich die Schulden seit 1979 mehr als verfünffacht. Das ist unglaublich, das ist unverantwortlich!

(Beifall bei der CDU)

Zweitens. An Zinsen muß das Land für diese Schulden über 8 Milliarden DM jährlich zahlen.

Das sind über 23 Millionen DM täglich, das ist eine Million DM stündlich, die das Land für die Schulden zahlen muß. Das ist unerträglich! Das ist unverträglich!

(C)

(Beifall bei der CDU)

Drittens. Die Nettoneuverschuldung wird über 7 Milliarden DM betragen, d. h., sie steigt gegenüber der ursprünglichen mittelfristigen Finanzplanung um mehr als 3 Milliarden DM. Damit bleibt auch die Verringerung der Neuverschuldung nichts anderes als ein leeres Versprechen in diesem Hause. Das ist Täuschung der Bürger, Herr Finanzminister!

(Beifall bei der CDU)

Viertens. Die Investitionsquote wird von 10,7 % auf 10,4 % noch weiter abgesenkt. Damit ist sie seit 1980 mehr als halbiert worden. Das nenne ich "Arbeitsvernichtungspolitik pur", Herr Finanzminister.

Präsident Ulrich Schmidt: Herr Diegel, wollen Sie eine Frage vom Kollegen Groth beantworten?

Helmut Diegel (CDU): Ich denke, der Kollege Groth wird sich nachher in der Auseinandersetzung mit mir weiter beschäftigen.

(D)

Präsident Ulrich Schmidt: Also keine Zwischenfrage?

Helmut Diegel (CDU): Nein.

Fünftens. Der Personalhaushalt wächst weiter auf über 36 Milliarden DM. Seit dem Amtsantritt des Finanzministers im Jahre 1989 sind in Nordrhein-Westfalen entgegen allen anderslautenden Ankündigungen mehr als 8 000 Stellen zusätzlich geschaffen worden.

(Minister Dr. Michael Vesper: 88 - oder?)

Herr Vesper, hören Sie gut zu! Der Bund hat schon seit Jahren seinen Stellenbestand jährlich um 1,5 % gesenkt, während sich hier in Nordrhein-Westfalen seit Jahren der Personalbestand weiter aufbläht. Damit steht fest: In der Personalpolitik haben Sie völlig versagt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

(Helmut Diegel [CDU])

- (A) Der Anteil der Personalausgaben an den Steuereinnahmen, die sogenannte Personalsteuerquote - das beste meßbare Ergebnis in einem solchen Fall -, liegt mit 51,4 % deutlich über der magischen Höchstgrenze von 50 %,

(Zuruf von der SPD: Wollen Sie weniger Lehrer haben?)

und die Pensionslawine droht uns sogar zu überrollen. Sie nimmt mit einer Steigerung von 6,3 % im Jahre 1999 eine immer bedrohlichere Größe an. Hier kommt eine Katastrophe auf uns zu.

Der Finanzminister stellte sich letzte Woche hier in aller Ruhe hin und erklärte vollmundig: Wir, die Landesregierung, werden durch unsere verantwortungsvolle Finanzpolitik die aktuellen Probleme meistern. Herr Finanzminister, ich sage Ihnen: Sie werden die Probleme nicht mehr meistern. Die Probleme haben Sie schon längst überrollt, auch wenn Sie das nicht wahrhaben wollen. Wir befinden uns in Nordrhein-Westfalen in ganz schwerem Fahrwasser.

(Minister Dr. Michael Vesper: Die CDU?)

- (B) Vor diesem Hintergrund ist es besonders traurig, daß Sie, Herr Finanzminister, die Leistungen des Bundes in so schwierigen Zeiten nicht zu würdigen wissen. Die Bundesregierung hat nicht nur die Wiedervereinigung gemeistert, sondern auch einen stabilen Aufschwung herbeigeführt.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD)

Selbst Sie können nicht bestreiten, daß es diesen Aufschwung gibt. Aber Sie beklagen dennoch, daß die konjunkturelle Erholung die neuen Länder noch nicht erfaßt hat. Das ist ein typisches Beispiel dafür, wie man eine gute Nachricht auch schlecht darstellen kann.

Freuen Sie sich doch, daß es diesen Aufschwung überhaupt gibt. Freuen Sie sich doch, daß das Aufkommen der Körperschaftsteuer um 12 % zunimmt, daß die Einnahmen aus der Einkommensteuer voraussichtlich sogar um 28 % steigen werden. Und freuen Sie sich doch, daß die Steuereinnahmen 1999 insgesamt um 4,1 % steigen sollen.

(Beifall bei der CDU)

Gerade das Land Nordrhein-Westfalen wird davon profitieren und Steuermehreinnahmen von mehr als 2,8 Milliarden DM erwarten dürfen.

(C) Meine Damen und Herren, freuen wir uns doch, daß die Arbeitslosigkeit in Deutschland jetzt als Folge des Aufschwungs endlich zurückgeht.

(Beifall bei der CDU)

Die Nachfrage nach Arbeitskräften steigt rapide. Mit 63 790 Arbeitsplatzangeboten wurde im August 1998 in Nordrhein-Westfalen der höchste Wert in einem August seit 25 Jahren erreicht. Das ist für uns die beste Nachricht seit langem.

(Beifall bei der CDU)

Für die CDU und die Menschen in diesem Lande sage ich: Wir freuen uns darüber!

Es hätte Ihnen wirklich gut angestanden, der Bundesregierung für diese phantastische Leistung zu danken; denn sie - nicht Sie, sondern die Bundesregierung - hat diesen Aufschwung geschafft, übrigens auch ohne Steuerreform.

(Beifall bei der CDU)

Wir danken der Bundesregierung und insbesondere Helmut Kohl für die hervorragende Leistung auch in der Finanzpolitik, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von SPD und GRÜNEN - Zuruf von der SPD: Dazu gehört Kühnheit!)

(D) Doch was macht der Finanzminister statt dessen? - Sie, Herr Finanzminister, kritisieren wider besseres Wissen die Bundespolitik und insbesondere die Politik des Bundesfinanzministers. Ist Ihnen denn bei dem ganzen Durcheinander, das Ihr Ministerpräsident seit Monaten hier anrichtet, vollkommen entgangen, daß der Bund dank seiner großen Konsolidierungserfolge mit einer Ausgabensteigerungsrate von nur 0,4 % auskommt, während wir in Nordrhein-Westfalen bei den Ausgaben fast die fünffache Steigerungsrate haben? Sind Sie ernsthaft der Meinung, daß die beiden größten Bankrotteure unter den Ministerpräsidenten, Lafontaine und Schröder, die Niedersachsen und das Saarland in den Ruin gewirtschaftet haben, die von Ihnen beschworene Krise der öffentlichen Finanzen abwenden können? Das kann doch wohl nicht Ihr Ernst sein!

(Beifall bei der CDU)

Sie, Herr Schleißer, beklagen sich nun darüber, daß wir trotz eines stabilen Wachstumsverlaufs bei manchen Steuerarten nicht das Ergebnis erzielten, das eigentlich zu erwarten wäre.

(Helmut Diegel [CDU])

- (A) Den wesentlichen Grund hierfür haben Sie richtig erkannt: Das sind die Abschreibungsmöglichkeiten für Investitionen in den neuen Ländern, die weit stärker genutzt werden als angenommen. Der Vollständigkeit und Wahrheit halber müssen Sie dem staunenden Publikum auch erzählen, daß diese Steuerverkürzungsmöglichkeiten von Bundestag und Bundesrat gemeinsam beschlossen wurden. Sie selber und die SPD waren doch daran beteiligt, Herr Schleißer! Sie wissen ebenfalls wie wir alle, daß der Bund mit seiner Steuerreform viele Abschreibungsmöglichkeiten wieder beseitigen wollte.

(Heiterkeit des Ministers Heinz Schleißer)

Meine Damen und Herren, wir wissen schließlich auch alle, wer der Bundesregierung in den Arm gefallen ist und diese notwendige Reform verhindert hat. Das waren Sie und Ihre Genossen im Bundesrat, Herr Schleißer!

(Beifall bei der CDU)

Sie wollten es doch so! Um eine funktionierende Bundesregierung vor die Wand fahren zu lassen, haben Sie im Bundesrat alles blockiert. Das Ergebnis ist: Sie haben mit der Blockade der Steuerreform das Beseitigen vieler Abschreibungsmöglichkeiten verhindert und die Schaffung von vielen hunderttausend neuen Arbeitsplätzen in diesem Lande verhindert. Das ist ein Ergebnis Ihrer Politik.

(B)

(Beifall bei der CDU)

Sie und Ihre Genossen weinen jetzt Krokodilstränen darüber, daß die Steuereinnahmen besser sein müßten. Unterlassen Sie also diesen Täuschungsversuch, Herr Finanzminister!

Nun habe ich Ihren Ausführungen in der vergangenen Woche mit großem Interesse vernommen, daß Sie nur in allerletzter Minute gegen die Steuerreform gestimmt haben, und zwar deshalb, weil sie den Bürgern 30 Milliarden DM Entlastung gebracht hätte. Diese 30 Milliarden DM, so sagen Sie, seien von der öffentlichen Hand nicht zu verkraften. Doch hören Sie sich einmal Ihren eigenen Parteivorsitzenden Lafontaine an!

(Lothar Hegemann [CDU]: Immer wertvoll!)

Der redet immer davon, daß man den Bürgern mehr Geld in die Hand geben müsse, um die Binnennachfrage zu stärken.

(Minister Heinz Schleißer: Da hat er recht!)

Herr Lafontaine, ganz auf Wirtschaftsfachmann getrimmt, zitiert immer gern den Autoproduzenten Ford. Der sagte: "Autos kaufen keine Autos. Menschen kaufen Autos." Genau aus diesem Grunde will diese Bundesregierung die Steuerentlastung für die Bürger!

(Heiterkeit des Roland Appel [GRÜNE])

Das heißt: Weniger Steuern bedeuten mehr Geld im Portemonnaie des Bürgers. Mehr Geld im Portemonnaie des Bürgers bedeutet mehr Nachfrage.

(Roland Appel [GRÜNE]: Sagen Sie einmal, welches Portemonnaie!)

Mehr Nachfrage bedeutet mehr Konjunktur. Mehr Konjunktur bedeutet zusätzliche Steuereinnahmen. Und zum Schluß, meine Damen und Herren, sind beide zufrieden: Bürger und Staat gemeinsam.

(Klaus Matthiesen [SPD]: Bei Ihnen haben die Universitäten ganze Arbeit geleistet! - Gegenrufe von der CDU - Klaus Matthiesen [SPD]: Da hat das richtig gewirkt! - Gegenruf des Dr. Helmut Linssen [CDU]: Der größte Ökonomiker weit und breit! - Weitere Zurufe von allen Fraktionen - Glocke)

Präsident Ulrich Schmidt: Herr Diegel, bitte!

Helmut Diegel (CDU): Herr Matthiesen, ich hatte vor einigen Wochen in einigen Publikationen gelesen, die Sie wörtlich zitierten, Sie hätten Ihr letztes Wort gesprochen. Ich denke, bleiben Sie dabei!

(Beifall und Heiterkeit bei der CDU - Bodo Champignon [SPD]: "Schluß, Punkt, aus!" hat er gesagt!)

Meine Damen und Herren! Die Bundesregierung will mit der Steuerreform etwas, was in anderen Ländern längst gemacht wird: In England mit Herrn Blair, in Schweden, in Holland, in Amerika wird uns vorgemacht, wie man mit einer wirksamen Steuerreform die Konjunktur beleben kann. Nur wir in Deutschland hinken wieder hinterher. Und daran sind Sie und Ihre SPD schuld!

(Beifall bei der CDU)

Ich rate Ihnen, Herr Schleißer: Setzen Sie sich einmal mit Ihrem Vorsitzenden, Herrn Lafontaine,

(C)

(D)

(Helmut Diegel [CDU])

(A) zusammen und klären endlich, was denn die SPD nun eigentlich will!

(Zuruf des Ministers Heinz Schleußer)

- Ich nehme Ihren Zwischenrufe auf, Herr Finanzminister. Übrigens habe ich mit Erstaunen von Ihnen vernommen, daß der Einstieg in eine große Steuerreform Anfang 1999 gelingen muß. Ich entnehme dem, daß Sie dann die Steuerpläne der CDU/CSU-geführten Bundesregierung mittragen werden.

(Zuruf des Ministers Heinz Schleußer - Bodo Champignon [SPD]: Eben nicht!)

Spät, aber die Einsicht kommt!

Wir werden Sie beim Wort nehmen, Herr Schleußer, und werden Sie dann an Ihren Taten messen.

(Minister Heinz Schleußer: Das ist nicht zu fassen!)

Meine Damen und Herren! Ich möchte an dieser Stelle noch einige Worte zu dem sagen, was Sie zu dem Thema "Länderfinanzausgleich" von sich gegeben haben. Sie führen seit Jahr und Tag Klage im Parlament darüber, daß Nordrhein-Westfalen als Geberland erhebliche Beiträge in den Länderfinanzausgleich zahlen muß. Aber Sie haben nichts dagegen getan. Sie haben sich sogar in der Finanzministerkonferenz gegen den Vorschlag Bayerns gewehrt, eine Arbeitsgruppe einzurichten, die über einen Neuzuschnitt des ungerechten Systems diskutieren sollte.

(B)

(Minister Heinz Schleußer: Die Behauptungen bleiben falsch!)

Sie stehen nur schulterzuckend da und erklären, man müsse die Mehrheit der Länder von einer Änderung überzeugen. Da aber diese Mehrheit aus Nehmerländern bestehe, seien Gespräche von vornherein aussichtslos.

Meine Damen und Herren, mit Schulterzucken kann man keine politischen Akzente setzen! Sie und die SPD in diesem Lande haben die politische Verantwortung verweigert. Sie müssen nun die Verantwortung dafür tragen, daß Bayern und Baden-Württemberg vor Gericht gehen mußten, um überhaupt etwas zu bewegen.

(Zuruf von der SPD: Da bewegt sich überhaupt nichts!)

Ich kann mir Ihre Untätigkeit in der Frage des Länderfinanzausgleichs eigentlich nur dadurch

erklären, daß Sie Rücksicht auf die größten Nutznießer des Finanzausgleichs unter den alten Bundesländern nehmen müssen - Rücksicht auf den Schulden-Napoleon aus dem Saarland und den Pleitenkönig aus Niedersachsen.

(C)

(Beifall bei der CDU)

Diese beiden hängen schon seit etlichen Jahren ohne jede Aussicht auf Besserung am Tropf des Finanzausgleichs. Wenn Sie denen den Hahn abdrehen, könnten beide

(Eckhard Uhlenberg [CDU]: ... keine großen Sprünge mehr machen!)

sofort Bankrott anmelden.

Ich kann daher Ihren Ärger verstehen, daß auch Hessen jetzt den Klageweg beschreitet. Den hessischen Genossen sitzt das Hemd näher als der Rock. Und Sie, Herr Schleußer, stehen jetzt mit Ihrer Genossensolidarität plötzlich allein da und haben den Schwarzen Peter. "Dumm gelaufen!" kann ich dazu nur sagen.

(Beifall bei der CDU - Walter Grevener [SPD]: Verhandeln ist besser als streiten!)

Überrascht bin ich allerdings darüber, daß Sie die Bestrebungen zur Reform der Finanzverfassung unterstützen. Sie haben recht, wenn Sie betonen, daß das Trennsystem der Steuern und die Entflechtung der Gemeinschaftsaufgaben näher untersucht werden müssen.

(D)

Ich wundere mich allerdings nur darüber, daß Sie erklären, diese Überlegungen seien genauso neu wie die Idee, hierzu eine Enquete-Kommission aus Bundestag und Bundesrat einzusetzen. Schwere Gedächtnislücke, kann ich dazu nur sagen, Herr Finanzminister! Die nordrhein-westfälische CDU-Landtagsfraktion hat genau diesen Vorschlag bereits mit Antrag vom 9. März 1998 in dieses Plenum eingebracht. Weil Sie ihn damals nicht aufgegriffen haben, haben wir ihn mit Erfolg auf der Schiene der Finanzpolitiker der Union in die Bundesdebatte eingeführt. Wenn Sie öfter mal auf die Opposition hier im Landtag hören würden, Herr Finanzminister, dann könnten Sie vielleicht auch einmal mit neuen Ideen im Bundesrat glänzen!

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren! Diese Haushaltsvorlage verdient auch deshalb unsere besondere Aufmerksamkeit, weil es der erste Haushalt des neuen Ministerpräsidenten Clement ist. An diesem Haushalt muß sich zeigen, ob der Ministerprä-

(Helmut Diegel [CDU])

(A) sident in der Lage ist, seinen vollmundigen Ankündigungen Taten folgen zu lassen.

Dieser Haushaltsentwurf gibt Antwort auf die Fragen,

1. wohin der Kurs der Regierung Clement führen soll,
2. ob die großangekündigte Erneuerung stattfindet und
3. ob Clement die Erwartungen erfüllen kann, die er zu wecken versucht hat.

(Klaus Matthiesen [SPD]: Wohin der Kurs führen soll, kann ich Ihnen sagen: absolute Mehrheit im Jahre 2000!)

- Doch leider, Herr Matthiesen, ist von Umsteuern und dynamischem Neuaufbruch in diesem Haushalt rein gar nichts zu finden.

(Beifall bei der CDU - Zuruf des Laurenz Meyer [CDU])

Nicht einmal der ernsthafte Wille zur Konsolidierung ist erkennbar. Die Investitionsausgaben sinken weiter und sollen nach Planung dieser Regierung mittelfristig auch weiterhin abgesenkt werden. Beschäftigungsimpulse sind daher von diesem Haushalt nicht zu erwarten.

(B) Wo bleibt da Ihre in der Regierungserklärung gemachte Zusicherung, sich an der Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen messen zu lassen, Herr Clement? Das war wohl nur "technokratisches Wortgeklingel", wie das die ÖTV bei Ihnen nennt, Herr Clement. Sie wollen doch der "nordrhein-westfälische Stoiber" werden.

(Allgemeine Heiterkeit - Hermann-Josef Arentz [CDU]: Das schafft der nie! - Bodo Champignon [SPD]: Bloß das nicht!)

Schauen Sie doch einmal nach Bayern! Dort ist es Herrn Stoiber durch massive Investitionstätigkeit gelungen, 150 000 Arbeitsplätze zu sichern und 50 000 weitere neue zu schaffen. Und Sie gehen hin und streichen zum Beispiel beim Landesstraßenbau weitere 30 Millionen DM!

(Demonstrativer Beifall bei den GRÜNEN)

1995, als Sie Wirtschafts- und Verkehrsminister wurden, gab Nordrhein-Westfalen noch 200 Millionen DM jährlich für den Landesstraßenbau aus. Diese Mittel sind unter Ihrer Verantwortung, Herr Clement, halbiert worden. Damit haben Sie rund

2 000 Arbeitsplätze im nordrhein-westfälischen Straßenbau auf Ihrem Gewissen, Herr Clement! (C)

(Beifall bei der CDU)

Auch sonst gilt bei der Suche nach neuen, positiven Ansätzen in diesem Haushaltsentwurf: Fehl-anzeige auf der ganzen Linie!

Was zunächst vor allem auffällt, ist die Serie von Kürzungen. Den Beamten werden neue Sonderopfer in Höhe von 233 Millionen DM abverlangt - mit Maßnahmen, meine Damen und Herren, die weit über das hinausgehen, was zumutbar ist. Den Beamten verlangen Sie Sonderopfer ab, und die kostspieligen "grünen Spielwiesen" behalten Sie bei! Das ist nicht nachvollziehbar, Herr Ministerpräsident!

(Beifall bei der CDU)

Die braven Beamten schröpfen und die "grünen" Spinner mästen: bravo, Herr Ministerpräsident!

(Beifall bei der CDU)

Die CDU-Fraktion hat immer den Standpunkt vertreten, daß Beamte nicht bessergestellt werden dürfen als sonstige Arbeitnehmer.

(Minister Heinz Schluößer: Das hört sich doch schon ganz anders an!)

- Herr Schluößer! Verschweigen möchte ich aber auch nicht: Beamte und Pensionäre haben mit der Reform des Beamtenrechts und der Versorgungsreform bereits einen schmerzlichen Beitrag zur Sanierung der öffentlichen Haushalte geleistet. (D)

(Lothar Hegemann [CDU]: Guckt euch mal die Ministerpräsidentenversorgung an!)

Besoldung und Versorgung der Beamten wurden in den vergangenen Jahren empfindlich eingeschränkt. Die Zeit der Sonderopfer muß damit vorbei sein.

(Beifall bei der CDU)

Eine moderate Beteiligung an den Arzneikosten, wie sie auch anderen Arbeitnehmern abverlangt wird, sollte auch für die Beamten gelten. Ein durchschnittlicher Arbeitnehmer zahlt im Jahr 150 DM für Medikamente dazu. Diese Kostenbeteiligung kann auch den Beamten zugemutet werden. Genau diesen gerechten Weg ist der Bund auch gegangen.

Die Landesregierung sieht jedoch pauschale Beteiligungssätze zwischen 200 DM und 1 000 DM vor. Das ist nichts anderes als ein Modell zum

(Helmut Diegel [CDU])

(A) Abkassieren der eigenen Beamtenschaft, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU)

Ich sage Ihnen schon jetzt, daß die CDU das nicht mitmachen wird. Sie zerstören mit Ihren ungerechten Maßnahmen nur die Motivation und Leistungsbereitschaft unserer Beamten und schwächen so den öffentlichen Dienst. Die Fleißigen und Staatstreuen dürfen nicht die Dummen in unserer Gesellschaft sein, Herr Ministerpräsident!

(Beifall bei der CDU)

Die zweite große Position wird bei den Kommunen gekürzt. Der Finanzminister rechtfertigt die Kürzungen bei den Kommunen mit dem Argument - man höre und staune! -, die Städte, Kreise und Gemeinden hätten in den vergangenen Jahren ihre Verschuldung stark verringert. Die haben eben besser gewirtschaftet als Sie, Herr Finanzminister!

(Beifall bei der CDU)

Und dafür sollen die Kommunen jetzt bestraft werden? Dies hat doch mit Gerechtigkeit nichts zu tun! Statt der ihnen zustehenden 800 Millionen DM sollen die Kommunen quer durch alle Einzelpläne nur rund 200 Millionen DM mehr erhalten als 1998. Das nenne ich einen Raubzug durch die kommunalen Kassen in diesem Lande.

(B)

(Beifall bei der CDU)

Die Kommunen werden wieder einmal gezwungen sein, Leistungen für die Bürger zu streichen, um das aufzufangen. Die Landesregierung wird sich dann - wie gewohnt - zurücklehnen und ihre Hände in Unschuld waschen. So wird hier Sparpolitik betrieben: auf Kosten sparsamer Gemeinden und Städte, meine Damen und Herren! So etwas kann nie die Zustimmung der CDU finden.

(Beifall bei der CDU)

Halten wir fest: Diese Landesregierung versucht, sich auf Kosten der Beamten und Kommunen finanziell über Wasser zu halten - nicht, weil dort am meisten zu sparen wäre, sondern weil es der bequemste und einfachste Weg ist.

Eines, meine Damen und Herren, möchte ich allerdings nicht vergessen zu erwähnen: Der Finanzminister hatte zunächst andere Vorstellungen. Sein Ursprungsentwurf sah anders aus. Der Finanzminister hatte in seinem ersten Entwurf eines Haushaltssicherungsgesetzes zumindest versucht, einen ehrlichen, aber steinigen Weg zu

gehen. Er wurde jedoch sofort zurückgepfiffen (C) und mußte seine Vorlage wieder einpacken.

Dieser Vorgang dokumentiert übrigens auch, wie die Stellung des Finanzministers vom neuen Ministerpräsidenten demontiert wird: von der grauen Eminenz der Regierung Rau zum degradierten Befehlsempfänger im Kabinett Clement. Das ist der tragische Werdegang dieses Finanzministers.

(Beifall bei der CDU - Lachen bei SPD und GRÜNEN)

Fühlen Sie sich eigentlich noch wohl in diesem Kabinett, Herr Schleußer?

Herr Clement, Sie tragen daher höchstpersönlich die Verantwortung für diesen Haushalt. Und wie gehen Sie damit um? Sie schieben Ihren Finanzminister vor, und der muß behaupten, es sei trotz der schwierigen Haushaltslage gelungen, Schwerpunkte für Familien, Arbeit, Ausbildung, Wissenschaft und Forschung zu setzen. Wer jedoch im Haushalt nach diesen Schwerpunkten sucht, der kann lange suchen. Das Haushaltskapitel für Kinder-, Jugend-, Familien- und Altenhilfe zum Beispiel weist für 1999 unter dem Strich ein Minus von 103 Millionen DM aus. Zu Recht demonstrieren die Kinder, Eltern und Kindergärtnerinnen bereits zu Tausenden auf den Straßen gegen diese Politik der Landesregierung. (D)

(Beifall bei der CDU)

Das Kapitel für Arbeitsmarktprogramme, der zweite Schwerpunkt der Landesregierung, weist ein Minus von 73 Millionen DM aus. Das groß angekündigte Programm "Arbeit und Umwelt" findet auch in diesem Haushalt nicht statt. Es sollte das Kristallisationsprogramm dieser rot-grünen Landesregierung werden. Auch 1999 wird man vergeblich darauf warten müssen.

Der dritte Schwerpunkt, die Forschungsförderung, wurde um 2 Millionen DM gekürzt. Das ist unverantwortlich, sage ich Ihnen, Herr Clement, und zwar in einem Bundesland, das sowieso schon in puncto Modernisierung hinter den anderen herhinkt.

(Beifall bei der CDU)

Wo bleibt da Ihre Innovationsfreude?

(Beifall bei der CDU)

Auch diese scheint wohl nur vorgetäuscht zu sein, Herr Ministerpräsident.

(Helmut Diegel [CDU])

- (A) Lediglich bei der beruflichen Aus- und Weiterbildung ist ein Plus von 3,3 Millionen DM zu vermeiden. Das sind magere 2,8 %, die hier mehr investiert werden.

Meine Damen und Herren, ich kann mir die Ausführungen des Finanzministers zu diesen Schwerpunkten nur so erklären: daß er nicht die Schwerpunkte der Politik, sondern die Schwerpunkte der Einsparungen aufzählen wollte. Dann mag das so in etwa hinkommen. Aber das ist keine stolze, das ist eine traurige Bilanz, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU)

Im Bereich des Maßregelvollzugs will das Land 1999 rund 24 Millionen DM mehr ausgeben. Das ist eine Steigerung des Mitteleinsatzes um immerhin 12 %.

(Beifall des Dr. Stefan Bajohr [GRÜNE])

Jetzt erst, nachdem der ganze Skandal um die mangelhafte Unterbringung und Sicherung gefährlicher Triebtäter in Nordrhein-Westfalen hochkocht, stopft das Land eilig Mittel in neue Baumaßnahmen. Die CDU mußte leider erst einen Untersuchungsausschuß beantragen, damit Sie hier überhaupt erst einmal wach werden.

- (B) (Beifall bei der CDU - Roland Appel [GRÜNE]: Wer hat denn gegen Hertzen polemisiert?)

Und verschweigen wir es nicht in der Öffentlichkeit - mein Kollege Arentz hat dies in den letzten Wochen immer wieder dokumentiert bekommen -: Tausend gefährliche Triebtäter gibt es in Nordrhein-Westfalen, und nur 500 Plätze sind für sie da.

(Zurufe von der SPD)

Der Rest sitzt im normalen Vollzug, in der offenen Psychiatrie oder wird einfach wieder in Freiheit entlassen.

(Roland Appel [GRÜNE]: Was sind denn das für Phantasiezahlen?)

Das alles konnte nur passieren, weil diese Landesregierung jahrelang nichts getan und die schlimmen Zustände nur beschönigt hat.

(Beifall bei der CDU)

Jetzt kommen Sie und wollen sich dafür feiern lassen, daß Sie im Bereich des Maßregelvollzugs einen Schwerpunkt setzen. Da kann man sich

doch nur an den Kopf fassen, meine Damen und Herren! (C)

Wenn der Finanzminister allerdings einmal den eisernen Sparbesen herausholt, betrifft das meist Kleinigkeiten oder Bereiche, für die es keine starke Lobby gibt. So werden die Mittel für Fahrkosten der Schüler von Ersatzschulen um 1,3 Millionen DM gekürzt. Die Investitionshilfen für den Rettungsdienst werden ganz gestrichen. Bei der Hilfe für Aids-Kranke werden etwa 4,5 Millionen DM gestrichen, und bei der Hilfe für behinderte und pflegebedürftige Menschen werden sogar 54 Millionen DM gestrichen.

(Zurufe von der CDU)

Meine Damen und Herren, Herr Clement, wissen Sie, wie ich das nenne? Das ist eine Politik auf Kosten der Kranken und Schwachen. Das ist unverantwortlich!

(Beifall bei der CDU)

Erklärt wird den von diesen Maßnahmen betroffenen Menschen, dieses Opfer sei unvermeidlich, um den nordrhein-westfälischen Haushalt zu stützen. Genieren Sie sich eigentlich nicht, meine Damen und Herren von der Landesregierung?

Wie verträgt sich das damit, daß gleichzeitig die Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit und werbewirksame Veranstaltungen der Landesregierung im nächsten Jahr von 24 Millionen DM auf 40 Millionen DM erhöht werden? (D)

(Zurufe von der CDU)

Das ist ein sattes Plus von 40 % für Eigenwerbung jeglicher Art, meine Damen und Herren. Hier haben wir ein solches Beispiel: Dafür haben Sie Geld; aber bei den Kranken und Schwachen wird in diesem Land gespart.

(Beifall bei der CDU)

Es kommt noch doller: Allein die Staatskanzlei des Ministerpräsidenten Clement bedenkt sich großzügig mit zusätzlich 3 Millionen DM und hält weitere 7 Millionen DM als sogenannte Verstärkungsmaßnahmen in der Hinterhand. Diese Akzentverschiebung ist typisch für den neuen Ministerpräsidenten. Sein Markenzeichen ist: Er spart beim Produkt und investiert lieber in die Werbung. Wenig Substanz, aber viel Luft in diesem Land!

(Beifall bei der CDU)

(Helmut Diegel [CDU])

- (A) Meine Damen und Herren, hier muß Herr Clement bei dem Schnellkurs "Ökonomisches Denken für Genossen" ganz offensichtlich irgend etwas falsch verstanden haben. Werbung und Selbstdarstellung, Herr Clement, braucht man, um ein Produkt zu verkaufen. Wer aber wie Sie nichts Nennenswertes vorzuweisen hat, der hat gefälligst die ihm anvertrauten Steuergelder so einzusetzen, daß sie den Bürgern den größten Nutzen bringen.

(Beifall bei der CDU)

Sie, Herr Ministerpräsident, verbraten einfach so 40 Millionen DM zur Selbstbeweihräucherung der Regierung. Das nenne ich einen Skandal erster Güte!

(Beifall bei der CDU - Zuruf von der CDU:
Für so etwas habt ihr Geld!)

Dabei haben Sie doch eigentlich allen Grund, vorsichtig zu sein, Herr Clement. In den ersten 100 Tagen Ihrer Amtszeit sind Sie schon so oft auf dem Bauch gelandet wie wohl bisher kaum ein anderer Ministerpräsident irgendeines anderen Bundeslandes.

(Beifall bei der CDU)

- (B) Selbst die Ihnen anfänglich so wohlgesonnene Presse bescheinigt Ihnen einen glatten Fehlstart. Herr Clement, wissen Sie eigentlich, wie Sie hier im Landtag hinter vorgehaltener Hand selbst von SPD-Mitgliedern genannt werden? - Als "Pannen-Wolfgang" redet man von Ihnen!

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Ich denke, das sagt genug.

Ich möchte trotz alledem einen Artikel aus der "Süddeutsche Zeitung" von gestern zitieren. Die Süddeutsche berichtet in dieser Ausgabe, daß sich bereits Ihre eigenen Kabinettskollegen über Ihre Luftnummern amüsieren. In der "Süddeutsche Zeitung" heißt es: Einer von Clements Kabinettskollegen wählt dazu das Bild von Zuschauern, die mit einigem Nervenkitzel die Köpfe in die Höhe recken und einem Trapezkünstler bei seinen gewagten Kunststücken zuschauen. Und wenn Sie da so gewagt herumturnen und von sich meinen, nur Sie wären im Besitz der alleinseligmachenden Wahrheit, so der Kabinettskollege, dann könne es in kritischen Augenblicken auch niemanden geben, der für ihn, den Ministerpräsidenten, das Sprungtuch aufhält.

(Zurufe von der CDU)

- (C) Meine Damen und Herren, das Ganze könnte man als Opposition ja lustig finden; aber Ihre Pleiten gehen immer auf Kosten des Steuerzahlers. Und da hört der Spaß auf, Herr Clement!

(Beifall bei der CDU)

Ihre erste Panne haben Sie gleich am Anfang Ihrer Amtszeit mit der im Zuschnitt verunglückten Kabinettsreform produziert. Das Ganze war wohl als medienwirksamer Schnellschuß gedacht. Und was ist dabei herausgekommen? - Mitten in der Haushaltsaufstellung haben Sie den gesamten Regierungsapparat durcheinandergebracht. Im kompletten Haushalt findet sich kein einziger Hinweis auf Synergieeffekte. Das Ganze ist weder zu Ende gedacht noch ordentlich durchgeplant.

(Beifall bei der CDU)

Das Finanzministerium hat es bisher noch nicht geschafft, die Sinnhaftigkeit der Operation darzustellen, und kündigt jetzt kleinlaut an, das müsse dann in einer Ergänzungsvorlage wohl nachgeholt werden. Das alles ist eine einzige Nacht- und-Nebel-Aktion, die ohne jedes politische Fingerspitzengefühl durchgeführt worden ist.

(Beifall bei der CDU)

- (D) Wie kann man nur die Zentralbereiche "Arbeit und Soziales" wie einen Blinddarm an das Ministerium für Kultur und Sport anhängen?

(Beifall bei der CDU)

Wie kann man nur die Bereiche "Innenpolitik" und "Justiz" zusammenlegen und damit die gesamte Gewaltenteilung in Frage stellen?

(Beifall bei der CDU)

Das Ganze ist so verkorkst, daß allen klar ist, daß es wohl so nicht bleiben kann. Sie werden das Rad vermutlich wieder zurückdrehen müssen, weil es so einfach nicht geht.

(Zuruf von der CDU: Er vielleicht nicht mehr!)

Im Endergebnis werden Tausende von Bediensteten monatelang hin- und hergeschickt, nur weil Sie zu Beginn Ihrer Amtszeit einen Pressekick haben wollten! Seriöse Politik aber denkt und plant nicht für das journalistische Tagesgeschäft, sondern sie muß für die Menschen gemacht werden, Herr Ministerpräsident.

Die gleiche Oberflächlichkeit erleben wir bei dem geplanten Umzug der Staatskanzlei in das neue Stadttor. Die Umzugsnachricht war kurz nach

(Helmut Diegel [CDU])

(A) dem Amtsantritt des Ministerpräsidenten als zweite Stufe des Blitzstarts geplant. Mit großem Tamtam zelebriert, wurde die Umzugsankündigung als erster Schritt eines - hören wir uns das einmal genau an! - neuen zentralen betriebswirtschaftlich orientierten Immobilienmanagements angekündigt.

Was ist das Ergebnis? - In der Haushaltsvorlage steht überhaupt nichts über dieses Immobilienmanagement. Wie denn auch? Der Finanzminister erwartet erst für den Herbst die Vorlage eines Gutachtens darüber, wie das denn durchgeführt werden soll. Aber den Startschuß zum Umzug der Staatskanzlei in das Stadttor, den hat der Ministerpräsident schon mal abgegeben. Seit fast drei Monaten bemühen sich die Experten des Finanzministeriums vergeblich, den mit niemandem abgestimmten PR-Gag ihres Ministerpräsidenten so zu begründen, daß er als zielgerichtete, betriebswirtschaftlich sinnvolle Maßnahme erscheint.

(Beifall bei der CDU)

Ich kann dazu nur sagen: blamabel, Herr Ministerpräsident!

Die voraussichtliche Jahresmiete von fast 5 Millionen DM für dieses Stadttor ist so hoch,

(B)

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Vielleicht auch mehr!)

daß sie sich bei einem Verkauf freiwerdender Landesgebäude nie und nimmer rechnet.

(Minister Heinz Schließer: Woher wissen Sie das?)

Außerdem wurde erst im nachhinein bedacht, daß sich das Gebäude überhaupt nicht für die Aufnahme der Staatskanzlei eignet. Für die Druckerei der Staatskanzlei ist kein Platz. Für das Archiv sind die Deckenlasten zu niedrig. Und die erforderlichen Sitzungssäle sind ebensowenig vorhanden wie die notwendigen Sicherheitseinrichtungen.

(Zuruf von der CDU: Anbauen!)

Nicht nur Insidern ist jetzt schon klar, daß sich auch diese Angelegenheit zu einem neuen peinlichen Flop des Windmachers Clement entwickelt hat.

(Beifall bei der CDU - Dr. Helmut Linssen [CDU]: Die Firma Philips macht das schon!)

Herr Ministerpräsident, zum soliden Arbeiten gehört eben auch und vor allem, daß man zuerst zu Ende denkt, dann durchrechnet und dann erst entscheidet.

(C)

(Beifall bei der CDU)

Aber bei den Genossen neuerer Art, die nun in der SPD das Sagen haben, scheint Rechnen, Überlegen und Abwägen wohl nur noch zu den Sekundärtugenden zu gehören. Ob Schröder, Lafontaine, Clement oder Hombach, bei allen kreist das Denken und Handeln nur noch um die Frage, wie sie am besten auf die Titelseiten kommen.

Der Ministerpräsident hat ein besonders probates Mittel entdeckt, um immerwährende Schlagzeilen zu produzieren: die sogenannte Lehrstellenkampagne. Herr Clement fährt medienwirksam mit seinem Lehrstellenbus durch die Lande, als ob ein Ministerpräsident nichts anderes zu tun hätte, und bittelt vor den Augen der gerührten Öffentlichkeit bei Arbeitgebern um Lehrstellen für arbeitslose Jugendliche.

Pausenlos verbreitet sein Presseapparat die Siegesmeldungen, daß hier oder dort drei oder vier neue Lehrstellen erstritten worden sind.

(Zuruf von der SPD: 30 bis 40!)

Meine Damen und Herren von der SPD, hören Sie jetzt einmal gut hin: Gleichzeitig muß man sich nämlich vor Augen führen, daß dieser Ministerpräsident in seiner Haushaltsvorlage mit einem Federstrich 560 Lehrstellen in der Landesverwaltung streicht.

(D)

(Beifall und Pfui-Rufe bei der CDU)

Herr Ministerpräsident, mit dieser Aktion haben Sie mühelos den Gipfel der politischen Heuchelei erklommen.

(Beifall bei der CDU)

Herr Clement, Sie betreiben Politik nicht um des Erfolges willen, sondern es drängt sich der Eindruck auf, daß Sie Politik um des Effektes willen betreiben.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, daher liegt dem Herrn Ministerpräsidenten wohl besonders der Special-effect, der mediale Trick, am Herzen. Nicht umsonst ist die Oberhausener Trickfilmfirma HDO immer schon Ihr Lieblingsobjekt gewesen, Herr Clement.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber)

(Helmut Diegel [CDU])

- (A) Ich weiß sehr wohl, daß Ihnen das mittlerweile peinlich ist. Eine derart gigantische Pleite aber, bei der Steuergelder in Höhe von rund 100 Millionen DM in den Sand gesetzt wurden, kann bei einer Haushaltsrede nicht einfach übergangen werden.

(Beifall bei der CDU)

Seit Jahren sind Sie in Nordrhein-Westfalen für die Medienpolitik verantwortlich, weil Sie diese wohl als Ihr persönliches Steckenpferd betrachten. Was haben wir von Ihnen nicht alles an großartigen Ankündigungen gehört! Seit Jahren versprechen Sie, daß Sie Nordrhein-Westfalen zum Medienland Nummer 1 machen wollen!

(Walter Grevener [SPD]: Gehen Sie einmal nach Köln!)

Während Sie hier allerdings jahrelang erfolglos herumgerudert haben, hat Ihr Kollege Stoiber Bayern zielstrebig zum Medienland Nummer 1 gemacht. Neben London ist München heute der wichtigste Medienstandort Europas - so die jüngste McKinsey-Studie, Herr Ministerpräsident.

Und wie sieht Ihre Bilanz aus?

(Walter Grevener [SPD]: Positiv!)

- (B) Mit VOX sind Sie in die teure Pleite gefahren. Der Media-Park in Köln kommt nicht so richtig vom Fleck. Das Projekt HDO in Oberhausen entpuppt sich als finanzielles Debakel. Herr Clement, wie wollen Sie vor den Bürgern eigentlich rechtfertigen, daß Sie mehr als 100 Millionen DM verpulvert haben, um in Oberhausen 25 wackelige Arbeitsplätze zu schaffen?

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Inzwischen nur noch 22!)

Mir wird jetzt schon angst und bange, wenn ich daran denke, welcher kostspieliger Schnellschuß als nächstes von Ihnen kommt. Von der Politik des Zauderns unter Rau zum blinden Aktionismus Marke Clement, vom Regen in die Traufe. "Armes Nordrhein-Westfalen!", kann ich da nur sagen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Es bleibt nur zu hoffen, daß wenigstens die Bundespolitik in soliden Händen bleibt.

(Lachen bei SPD und GRÜNEN)

Aber angesichts der Mannschaft, die Rot-Grün aufbieten will, ist mir darum gar nicht bange. Man muß es sich einmal vorstellen: Schröder spielt den Kanzler, Lafontaine, der größte Bank-

rotteur unter den Landesfürsten, den Finanzminister, der ehemalige RAF-Anwalt Schily den Innenminister, der ehemalige Stadtguerilla Joschka Fischer den Außenminister und der Altkommunist Trittin den Umweltminister. (C)

(Lachen bei der CDU - Widerspruch der Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Dazu fällt mir - wenn die das Ruder übernehmen - nur ein: Gute Nacht, Deutschland!

(Lebhafter Beifall bei der CDU - Widerspruch des Roland Appel [GRÜNE])

Meine Damen und Herren, ich bin davon überzeugt, daß die Bürger das auch so sehen werden.

(Ministerpräsident Wolfgang Clement: Ganz genau!)

Wir brauchen für Deutschland und Nordrhein-Westfalen berechenbare und längerfristige Perspektiven. Die aber sind mit Rot-Grün in diesem Lande nicht zu haben.

(Beifall bei der CDU)

Nordrhein-Westfalen braucht endlich eine solide Finanzpolitik, die Perspektiven für die nächsten Jahrzehnte bietet.

(Roland Appel [GRÜNE]: Plünderung wie in Bonn! 16 Jahre Plünderung!) (D)

Herr Finanzminister, wir sind uns darin einig, daß man in guten Zeiten Schulden abbauen muß, damit man in schlechten Zeiten neue aufnehmen kann, ohne die Handlungsfähigkeit zu verlieren.

(Dr. Stefan Bajohr [GRÜNE]: Sagen Sie das einmal Herrn Waigel!)

Herr Minister, sparen Sie in der Zeit, dann haben Sie in der Not. Das ist nach wie vor der tragende Grundsatz jeder Finanzpolitik.

(Beifall bei der CDU)

Halten wir fest: Deutschland befindet sich zur Zeit trotz der Asien- und der Rußlandkrise mitten in einem stabilen Aufschwung.

(Dr. Stefan Bajohr [GRÜNE]: Das ist ja lachhaft!)

Das wird zu mehr Steuereinnahmen in Bund, Gemeinden und auch in diesem Land führen.

(Lebhafte Zurufe von den GRÜNEN)

- Herr Appel, hören Sie doch einmal zu!

(Anhaltende Unruhe - Glocke)

(Helmut Diegel [CDU])

- (A) Das, was ich jetzt sage, kommt doch gar nicht von der CDU, sondern das sagt die Wirtschaft: Das Deutsche Institut für Wirtschaft hat errechnet, daß schon in diesem Jahr voraussichtlich 3 Milliarden DM mehr Steuern eingenommen werden, als dies der "Arbeitskreis Steuerschätzung" prognostiziert hat. Die Landesregierung täte gut daran, jetzt schon einen konkreten Plan vorzulegen, wie die Neuverschuldung auf Null gesenkt und anschließend zurückgeführt werden kann. Der Abbau des Schuldenbergs ist und bleibt eine der wichtigsten Aufgaben unserer Zukunft.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, das sind Sie, auch Sie in der Landesregierung, unseren Kindern und Enkeln schuldig. Ich fordere Sie auf, nach der Bundestagswahl hier in Nordrhein-Westfalen endlich diese unselige rot-grüne Koalition aufzulösen.

(Beifall bei der CDU - Lachen bei den GRÜNEN)

Sie ist nichts anderes als eine ärmliche Notgemeinschaft.

(Bodo Champignon [SPD]: Wie die in Bonn!)

- (B) Wir brauchen in diesem Lande nicht nur bei Garzweiler II endlich Rechtsklarheit und ein Ende der unerträglichen Hängepartie.

(Lachen des Roland Appel [GRÜNE])

Wir müssen endlich auch die grünen Bremsklötze für unser Land beseitigen, die eine offensive Förderung der Bio- und Gentechnik ebenso verhindern wie den dringend notwendigen Ausbau der Verkehrsinfrastruktur.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Herr Kollege!

Helmut Diegel (CDU): Mit kastrierten Flughäfen und verrotteten Landesstraßen kann man doch auf Dauer kein Industrieland betreiben! Diese sich selbst blockierende rot-grüne Koalition hat Nordrhein-Westfalen um wertvolle Jahre zurückgeworfen. Damit muß bald Schluß sein.

(Beifall bei der CDU - Roland Appel [GRÜNE]: In Bonn! - Bodo Champignon [SPD]: Redezeit!)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Herr Kollege, ich darf Sie daran erinnern, daß Sie jetzt zum Schluß kommen müssen. (C)

Helmut Diegel (CDU): Die Bürger verlangen von ihrer Landesregierung zu Recht, daß sie verlässlich ist und harte und solide Arbeit leistet.

(Roland Appel [GRÜNE]: Richtig!)

Das aber schafft man nicht, wenn man das Regierungshandeln nach PR-Gesichtspunkten ausrichtet.

Bei Ihnen, Herr Ministerpräsident, hat man den Eindruck, daß Sie sich jeden Morgen an den Schreibtisch setzen und als erstes überlegen, was man tun könnte, um die Schlagzeilen zu beherrschen.

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Herr Kollege, ich erinnere Sie an die Redezeit.

Helmut Diegel (CDU): Ich weiß, daß Sie gelernter Journalist sind, Herr Clement. Vielleicht sind Sie deshalb dieser Denke so verhaftet. - Ich komme zum Schluß, Frau Präsidentin. (D)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Ja, einen Satz noch.

(Unruhe bei der CDU - Hermann-Josef Arentz [CDU]: Unglaublich!)

Helmut Diegel (CDU): Ein Regierungschef jedoch - das möchte ich noch sagen dürfen - soll und muß einfach anders an die Probleme herangehen. Er muß solide, sachbezogene Arbeit leisten ohne Rücksicht auf die Medienwirkung. Wir sind hier nicht beim Film und betreiben auch nicht Politik zur Befriedigung des persönlichen Temperaments oder der persönlichen Eitelkeit. Wir als Politiker haben dem Wohl der Menschen zu dienen, nicht mehr und nicht weniger. Das erwarten wir auch von Ihnen, Herr Ministerpräsident.

(Bodo Champignon [SPD]: Punkt, Schluß, Feierabend!)

Glück auf für unser Land!

(Anhaltender Beifall bei der CDU)

(A) **Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber:** Das Wort hat nun für die SPD-Fraktion Kollege Walsken.

(Zuruf von der CDU: ... noch im Urlaub?)

Ernst-Martin Walsken (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wer den Zwischenruf gerade gemacht hat - ich weiß es nicht -, wird nicht wissen, weshalb der Kollege Trinius heute hier nicht sprechen kann. Er würde die Bemerkung nicht gemacht haben, wenn er es gewußt hätte. Es ist peinlich, wenn Sie wissen, weshalb das nicht geht. Fragen Sie ihn bitte selbst, Herr Kollege Linssen. Das ist wirklich peinlich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es ist auch peinlich, zuhören zu müssen, wenn sich der Kollege Diegel zum Schluß hinstellt und sagt, er will Politik zum Wohle des Menschen machen, während er vorher dem Ministerpräsidenten vorwirft, daß er im Lande umherreist und sich um jeden einzelnen zusätzlichen Ausbildungsplatz kümmert. Das ist widerwärtig, wie Sie sich hier darstellen.

(Beifall bei der SPD)

(B) Wenn Ihnen das Wohl des Menschen, Kollege Diegel, so sehr am Herzen liegt, dann müssen Sie dem Ministerpräsidenten dafür danken, daß er sich so intensiv für zusätzliche Ausbildungsplätze einsetzt. Das wäre ehrlich gewesen.

(Beifall bei der SPD)

Der Beifall Ihrer Fraktion hat gezeigt: Es kam Ihnen auf eine gute Wahlkampfreden an. Es kam Ihnen nicht auf einen sachbezogenen Beitrag zur Situation des Landes Nordrhein-Westfalen an.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Wenn ich allein Ihr Vokabular schlagwortartig aufführen darf: "Raubzug durch die Kassen", "Vortäuschen von Dingen", "unverantwortliche Politik",

(Demonstrativer Beifall bei der CDU)

"wenig Substanz, viel Luft". Meine Güte, Herr Kollege Diegel, was haben Sie für ein Vokabular

(Beifall des Dr. Helmut Linssen [CDU])

in der sachlichen Auseinandersetzung über Probleme des Landes, über Probleme der Menschen

in diesem Land! Sie heben sich so weit von der (C) Diskussionsfähigkeit ab,

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Das war keine Beleidigung, das war eine Feststellung!)

daß Sie hoffentlich nicht mehr ernst genommen werden. Das wäre eine angemessene Reaktion auf Ihre Debattenbeiträge.

(Beifall bei der SPD)

Ich will nur ein paar Dinge aus dem, was Sie gesagt haben, herausheben. - Sie haben beim Länderfinanzausgleich von Genossenfilz gesprochen, weil das Saarland und Niedersachsen im Länderfinanzausgleich Geld bekommen. Herr Kollege Diegel, Sie wissen, daß sich der Länderfinanzausgleich an sachgerechten Kriterien der Finanzkraft der Länder orientiert und daß auch das Land Sachsen und das Land Thüringen erhebliche Beiträge aus dem Länderfinanzausgleich bekommen. Das hat doch nichts damit zu tun, wer regiert.

(Beifall bei der SPD)

Sie wissen genauso gut, daß Niedersachsen und auch das Saarland finanzwirtschaftlich schon in schwierigen Zeiten waren, als die CDU noch regiert hat. Das liegt an der Struktur dieser beiden Länder und nicht daran, daß hier ein Genossenfilz regieren würde. Sie haben sich so wenig an der Sache orientiert, daß es wirklich peinlich ist, wie Sie hier agieren. (D)

(Beifall bei der SPD)

Ihre Debattenbeiträge - Sie haben am Anfang von "Ritualen" gesprochen - verlaufen in der Tat immer nach dem gleichen Ritual. Sie sagen, für die positive Entwicklung in dieser Republik ist ausschließlich die Bundesregierung zuständig und für die negative Entwicklung ausschließlich die Landesregierung.

(Zuruf von der CDU: So ist es!)

Dazu will ich zwei Dinge nennen - vielleicht haben Sie das noch gar nicht gehört -: Das Wirtschaftswachstum im zweiten Quartal diesen Jahres ist auf 1,7 % abgesackt, bundesweit, nach über 4 % im ersten Quartal. Wer ist dafür verantwortlich, die Bundespolitik? Oder ist jetzt für Sie der Punkt gekommen,

(Zuruf des Dr. Helmut Linssen [CDU])

(Ernst-Martin Walsken [SPD])

(A) an dem Sie sagen: Vorsicht bei der Verantwortung der Bundespolitik?

(Zuruf von der SPD: Die Bundespolitik ist für nichts verantwortlich!)

Sie vertreten offenbar diese Position der geteilten Verantwortung mit einer solchen Hartnäckigkeit, daß ich fürchte, daß Sie mittlerweile die letzten und die einzigen sind, die daran glauben.

(Beifall bei der SPD)

Dabei wissen Sie genauso gut wie ich und wie wir alle, daß die Verantwortung für das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht, für Geldwertstabilität, Arbeitsmarkt und außenwirtschaftliches Gleichgewicht beim Bund liegt, ausschließlich beim Bund.

Ich verstehe Ihre Krokodilstränen nicht, die Sie heute weinen, wenn Sie sagen, die Steuerreform sei nicht zustande gekommen. Wer regiert denn seit 16 Jahren in Bonn? Sie haben seit 16 Jahren in Bonn die Verantwortung und beklagen sich heute über die reale Steuerverteilung!

(Beifall bei der SPD)

Stehen Sie nicht zu Ihrer Verantwortung? Kneifen Sie vor Ihrer Verantwortung? Sind Sie nicht bereit, hier in diesem Hause die Konsequenzen Ihrer Politik in Bonn zu tragen? - Offenbar nicht. Sie biegen hier weg.

(B)

(Beifall bei der SPD)

Sie glauben, das, was in Bonn passiert, hat uns in Düsseldorf nicht zu interessieren. Sie verweigern in Wahrheit die Zustimmung zu Ihrer finanzpolitischen Linie in Bonn. Ich komme gleich noch darauf zu sprechen.

Aber Sie wissen, daß die Rahmenbedingungen für Sozialversicherungssysteme, für Steuersysteme immer in der Verantwortung des Bundes liegen und nur eine begrenzte Mitwirkungsmöglichkeit der Länder gegeben ist. Was wir können, das tun wir. Wir leisten gute Infrastrukturpolitik. Wir schaffen ein gutes Landesklima, und wir nutzen Spielräume dafür, daß wir in Nordrhein-Westfalen eine gute Politik im Interesse der Menschen leisten können - und das seit Jahren und sehr erfolgreich! Das ärgert Sie.

(Beifall bei der SPD)

Ich will Ihnen nur zwei Zahlen nennen. Sie haben ja auf Wahrheit und Klarheit abgehoben. Sie haben gesagt, jetzt kommt endlich Klarheit und

Wahrheit. Ich will Ihnen etwas über Klarheit und Wahrheit sagen: Nordrhein-Westfalen hat einen etwa 18%igen Anteil an der Bevölkerung in dieser Republik. Unser Anteil am Bruttoinlandsprodukt - also der Reichtum, der in dieser Gesellschaft vorhanden ist - liegt aber bei 22 %.

(C)

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: 18 Millionen, nicht 18 %!)

Der Anteil von Nordrhein-Westfalen am Gesamtsteueraufkommen liegt, obwohl wir nur 18 % der Einwohner haben, bei 28 %. Das zeigt, wie leistungsfähig, wie wettbewerbsfähig und wie hervorragend dieses Land aussieht - anders, als Sie es immer darstellen.

(Beifall bei der SPD - Hermann-Josef Arentz [CDU]: Können Sie mir mal erklären, wieso von 80 Millionen 18 Millionen 18 % sind? Wenn Sie so weiterrechnen, können Sie ---!)

- Ich habe nicht 18 Millionen gesagt, sondern ich habe die Zahlen ausgerechnet und Prozente genannt. Sie können das gerne nachrechnen.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Es stimmt aber nicht! - Heinz Hardt [CDU]: Das sind doch mehr als 18 %!)

Ich weiß, daß Sozialpolitiker im Nachrechnen immer etwas Schwierigkeiten haben, Herr Kollege Arentz. Machen Sie das später, im Anschluß an die Debatte.

(D)

Sie wissen, daß hier in Nordrhein-Westfalen die Zentren der Chemie, die Zentren der Kfz-Industrie, der Lebensmittelindustrie, der Energieversorgung, der Stahl- und Metallverarbeitung, der Versicherungswirtschaft, der Kulturwirtschaft schlechthin liegen.

Es gibt Beispiele, wie hervorragend der strukturelle Wandel in diesem Land vollzogen worden ist. Das beste Beispiel

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Ist HDO!)

sind die Wachstumsraten an Arbeitsplätzen in der Medienwirtschaft.

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: HDO ist das beste Beispiel!)

- Sie sagen es: die Medienwirtschaft. - Die Medienwirtschaft, die Kulturwirtschaft ist mittlerweile der zweitgrößte Anbieter von Arbeitsplätzen hinter der Chemieindustrie in Nordrhein-West-

(Ernst-Martin Walsken [SPD])

(A) falen. Nehmen Sie das doch bitte einmal zur Kenntnis.

(Beifall bei der SPD)

Würden Sie das zur Kenntnis nehmen und das als eine politische Aktivität bewerten - Akzente, die von der Landesregierung gesetzt worden sind -, müssen Sie zu dem Ergebnis kommen, daß das ein unglaublich großer Erfolg ist. Wir wissen, daß die Bayern hinter dieser Situation herhecheln und befürchten, daß der Medienstandort Bayern kaputtgeht, weil wir in Nordrhein-Westfalen schneller gewesen sind.

(Beifall bei der SPD)

Hinter einer solchen Erfolgsbilanz - über 200 000 Arbeitsplätze im Bereich der Medienindustrie - verschwindet ein Problem wie HDO als Nichtigkeit irgendwo am Ende.

(Widerspruch bei der CDU)

Ich bitte Sie, die Relationen im Auge zu behalten.

Die Umweltschutzindustrie, die Abfallentsorgungsindustrie haben eine hervorragende Entwicklung genommen.

(B) Ich nenne ein anderes Faktum: Nehmen Sie die ausländischen Direktinvestitionen hier in Nordrhein-Westfalen. Ich habe die Zahlen leider nur aus dem Jahre 1996; aktuellere liegen offenbar noch nicht vor. Hessen liegt bei ausländischen Direktinvestitionen an Nummer 1 in der Bundesrepublik. Je 10 000 Einwohner sind in Hessen 102,9 Millionen DM investiert worden. Aber Nordrhein-Westfalen liegt bereits auf Platz 2, und zwar mit 47,7 Millionen DM. Weit abgeschlagen folgen Baden-Württemberg mit 37 Millionen DM und Bayern mit 27 Millionen DM. Ist das die Erfolgsbilanz der Bayern, oder ist das die Erfolgsstory von Nordrhein-Westfalen, daß wir hier so erfolgreich investieren können?

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Unbestritten ist, daß die Wachstumsraten in Nordrhein-Westfalen leicht hinter dem Bundes-trend herhinken.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Jedes Jahr!)

Aber Sie wissen genausogut wie wir, daß das gute Gründe hat, daß das daran liegt, daß wir den Problembereich Bergbau subventionieren, damit Menschen nicht ins Bodenlose fallen und Regionen nicht veröden. Wir tun das bewußt. Wir

sind bereit, Wachstumsrückstände in Kauf zu nehmen, um Menschen in Arbeit zu halten, um ihnen Chancen und Perspektiven zu eröffnen. (C)

(Beifall bei der SPD)

Oder darf ich Ihre Einlassungen so verstehen, daß Sie von der Subventionierung des Bergbaus und der vom Bergbaurückgang betroffenen Regionen Abstand nehmen wollen? Dann sagen Sie es bitte offen und ehrlich und kritisieren nicht einen Wachstumsrückstand, der sich nur daraus begründet.

Ich wundere mich, meine Damen und Herren, daß Sie diese Fakten nicht zur Kenntnis nehmen und immer noch ein Bild von Nordrhein-Westfalen zeichnen, das nicht real ist, sondern das Ihren Wunschvorstellungen entspricht.

Angesichts des Wahlkampfs mag man auch den Schluß ziehen, daß die Aussagen des Bundeskanzlers und der ihn tragenden Koalition in Bonn, der Aufschwung am Arbeitsmarkt sei erreicht, offenbar nicht auf Nordrhein-Westfalen gemünzt sind. Sonst würden Sie der Landesregierung nicht vorwerfen, es passiere zu wenig.

Ich sage Ihnen: Was der Bundeskanzler für sich in Bonn reklamiert, machen wir ihm hier von Düsseldorf aus nicht streitig. Er hat die Verantwortung dafür. Nur bewerten wir die Fakten anders als er. Wir sagen: Der Aufschwung ist nicht da. (D)

(Antonius Rüsenberg [CDU]: Was sagt denn Herr Schröder? - Hermann-Josef Arentz [CDU]: Ach, der ist jetzt nicht da? Fragen Sie mal Herrn Schröder nach "seinem" Aufschwung!)

Es gibt eine gewisse Stabilisierung am Arbeitsmarkt. Aber bereits bei den Wachstumszahlen geht der Aufschwung zurück; das ist deutlich erkennbar. Und das Problematischste ist: Das, was an Wachstum, was an zusätzlichem Reichtum vorhanden ist, schlägt sich nicht in den Kassen der öffentlichen Haushalte nieder. Die Renditen steigen, das Wirtschaftswachstum steigt, aber die Arbeitslosenzahlen sinken nicht nennenswert. Es wäre schön, wenn auch die Opposition im Düsseldorfer Landtag dies zur Kenntnis nehmen und, statt zu lamentieren, anpacken würde, um die Probleme wirklich an der Wurzel zu packen.

Es ist völlig unstrittig, daß die Finanzierung des Landeshaushalts in den letzten Jahren schwieriger geworden ist. Deshalb sind wir sogar veran-

(Ernst-Martin Walsken [SPD])

- (A) laßt, ein Haushaltssicherungsgesetz vorzulegen. Aber weshalb sind die Bedingungen denn schwieriger geworden? Die Lage des Landeshaushalts ist nicht schwieriger geworden, weil wir etwa zu viel ausgegeben hätten. Wir bewegen uns - das wissen Sie - auf der Ausgabenseite sehr wohl auf dem Niveau des Finanzplanungsrates, im Durchschnitt der Bundesländer und liegen unter dem Bundesetat. Das heißt, die Ausgabenseite ist bei uns in Ordnung.

Das Problem ist: Die Einnahmen sind nicht so, wie die Bundesregierung prognostiziert hat. Die Steuerschätzung des Bundes von 1995 - das war die Grundlage für unsere Koalitionsvereinbarungen - weicht um 9,5 Milliarden DM von den tatsächlichen Einnahmen ab. Der Bund - nicht wir - hat uns prophezeit, wir würden im Jahre 1998 9,5 Milliarden DM mehr haben. Die Prophezeiung des Bundes ist nicht eingetreten, wir können uns auf die Prophezeiung des Bundes nicht verlassen. Deshalb ist Ihr Bild von einer zuverlässigen Bundesregierung nicht richtig. Vielmehr handelt es sich um eine Bundesregierung, die mit falschen Zahlen operiert und die nicht in der Lage ist, realistisch die Entwicklungen einzuschätzen.

(Beifall bei der SPD)

- (B) Der Bund schätzte im Mai 1995 die Steuereinnahmen für 1998 auf 80 Milliarden DM. Rechnen können wir für 1998 mit 70 Milliarden DM. Es ist doch völlig klar, daß eine solch eklatante Fehleinschätzung bei den Einnahmen auch zu Konsequenzen führt, weil wir schließlich nicht alles über Schuldenaufnahmen finanzieren können und wollen. Diese Fehleinschätzung führt auch dazu, daß wir unangenehme Entscheidungen treffen müssen, daß wir unangenehme Diskussionen führen müssen.

Bekennen Sie sich doch auch zu dieser unangenehmen Situation, sagen Sie doch, wo gespart werden muß. Ich bin einmal gespannt, wie Ihre Vorstellungen aussehen. Ich komme gleich darauf noch zurück.

Das ist übrigens nicht nur die Situation in Nordrhein-Westfalen. Sie wissen ganz genau, daß andere Länder genauso betroffen sind.

Die Differenz zwischen Einnahmeplanung und dem, was letztlich angekommen ist, hat ihre Ursachen darin, daß eine Steuerpolitik betrieben worden ist, die die Reichen entlastet und die gi-

gantische Schlupflöcher bei der Einkommensteuer ermöglicht hat. (C)

(Beifall bei der SPD)

Ich will mir einen ganz kurzen Ausflug gestatten und Ihnen ein paar Beispiele nennen, was von dieser Bundesregierung politisch zu verantworten ist. Es gibt eine Untersuchung des Rechnungshofs - wenn ich es richtig sehe - in Rheinland-Pfalz. Darin heißt es:

"Eine Untersuchung zeigt, daß die effektive durchschnittliche Steuerbelastung der positiven Einkünfte erheblich niedriger ist, als die jeweiligen Spitzensteuersätze erwarten lassen. Damit wird die in der öffentlichen Diskussion geäußerte Vermutung bestätigt, daß die formalen Steuersätze nicht in dem gewünschten Maße zu einer an die Leistungsfähigkeit gebundenen Lastenverteilung führen."

Weiter führt der Landesrechnungshof aus:

"Die fast unüberschaubar gewordene Fülle von Abschreibungsmöglichkeiten und sonstigen Vergünstigungen kann mit höchstmöglicher finanzieller Auswirkung nur von Steuerpflichtigen mit hohen positiven Einkünften genutzt werden."

Das, meine Damen und Herren, sagt der Rechnungshof. (D)

Es gibt das sogenannte Dienstmädchenprivileg. Sie werden sich daran erinnern, daß die Bundesregierung durchgesetzt hat, daß jemand, der eine Haushaltskraft bezahlt, die Kosten dafür von der Steuer absetzen kann. Diese Subvention hat laut "Frankfurter Rundschau" vom 4. August 1998 ein Ausmaß von 300 Millionen DM - 300 Millionen DM! - erreicht. Wissen Sie, wie viele Arbeitsplätze von diesen 300 Millionen DM geschaffen worden sind? - Ich will es Ihnen sagen: 1 259. Das, meine Damen und Herren, nenne ich gigantische Fehlinvestitionen.

Es gibt von diesen Beispielen noch eine ganze Reihe anderer: Sie wissen, daß im Bereich des Schiffbaus Sonderabschreibungen von Menschen in Anspruch genommen werden können, die in den Schiffbau investieren. Das gilt sogar dann, wenn das Schiff im Ausland gebaut wird,

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Das haben doch eure Leute gemacht! Das war doch die SPD! Erzähl doch nicht so einen

(Ernst-Martin Walsken [SPD])

(A) Scheiß! - Gegenruf des Klaus Matthiesen [SPD]: Na, na, na, das ist ja wohl wirklich zu rügen, Frau Präsidentin!

unter Billigflagge in Fahrt kommt und kein einziger Arbeitsplatz mit deutschen Seeleuten besetzt ist.

- Ich komme gleich darauf zu sprechen.

Im Bereich der Kraftwerksbetreiber können in der Ferne liegende Kosten für Zwischen- und Endlagerung gänzlich auf den Steuerzahler überwältzt werden, während die Gesellschaften große Gewinne erzielen.

(Heinz Hardt [CDU]: Staatsschauspieler! - Edgar Moron [SPD]: Das kann man auch gepflegter ausdrücken!)

(B) Die CDU, die CSU und die SPD, Herr Kollege Linssen, waren sich über die Eckpunkte einer Steuerreform in der letzten Legislaturperiode relativ einig. Ich darf das noch einmal in Erinnerung rufen, weil Kollege Linssen ein Wahlkampfscenario aufgezeigt hat, das nicht den Realitäten entsprochen hat. Die Einigung ist deshalb nicht zustande gekommen, weil auf Druck der F.D.P. die Bundesregierung nicht in der Lage war, im Wege des Kompromisses mit den Ländern einen Ausgleich herbeizuführen. Das ist der wahre Hintergrund, weshalb die Steuerreform nicht zustande gekommen ist. Sie waren nicht bereit, die wegbrechenden Steuereinnahmen zu kompensieren oder überhaupt nur über Kompensation zu reden. Besser gesagt: Die F.D.P. hat Ihnen verboten, über Kompensationsmöglichkeiten mit der SPD zu verhandeln.

(Beifall bei der SPD)

Heute sind sich die Experten darin einig, daß eine Steuerreform überfällig ist, um endlich dem Grundsatz der Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit wieder Geltung zu verschaffen. Hinsichtlich der notwendigen Korrekturen, die im wesentlichen von unserem Finanzminister Heinz Schleußer vor zwei Jahren schon erarbeitet worden und die zum großen Teil in den Petersberger Steuervorschlägen zur Steuerreform enthalten sind, besteht zumindest zwischen Herrn Schäuble und der SPD im Bundestag weitgehend Einvernehmen über eine große Steuerreform.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Ha, ha, ha!)

(C) - Ja, Herr Kollege, Sie lassen sich in Bonn von dem kleinen Koalitionspartner binden, und das ist Ihr Problem.

(Beifall bei der SPD)

Es ist mir in der Sache unverständlich, weshalb Sie nicht bereit waren, über eine Kompensation, die einen Steuerausfall von immerhin 30 Milliarden DM nach Ihrer Rechnung - nach unserer Rechnung sogar 45 Milliarden DM - bewirkt hätte, zu reden. Sie durften nicht reden. Sie hatten von Ihrem kleinen Koalitionspartner einen Maulkorb bekommen.

(D) Ich hätte von Ihnen erwartet, Herr Diegel, daß Sie sagen: Ja, wir sind für eine Steuerreform, wie sie Herr Schäuble und die SPD wollten, und wir nehmen die 3 bis 5 Milliarden DM Mindereinnahmen in Nordrhein-Westfalen weniger in Kauf. Dann müssen wir eben darüber reden, wo gekürzt wird. - Aber auch hier findet sich wieder das gleiche Problem, das gerade schon bei Ihnen zum Ausdruck kam: Sie sagen ja zur Steuerreform, Sie sagen ja dazu, daß nicht der Staat, sondern die Menschen das Geld haben, aber Sie sagen nichts darüber, wo der Staat das Geld in seinen Ausgaben streichen soll. Dazu sagen Sie nichts, da ist Schweigen im Walde. Da ist ein Nullansatz in Ihrer Politik! Ich hatte gehofft, daß in Ihrem Beitrag etwas gekommen wäre, wo nach Ihrer Meinung gespart werden sollte.

Beim Bund ist ebenfalls kein Spielraum mehr vorhanden, so daß nach meiner Meinung Theo Waigel von Anfang an darauf vertrauen konnte, daß die Länder einen solchen Unsinn erst gar nicht mitmachen würden. Der Bundesfinanzminister selbst bestätigt, daß trotz des Steuerrückwärtens für alle Gebietskörperschaften 1999 die gesamtstaatliche Steuerquote bei 22 % und damit auch unter Berücksichtigung der Kindergeldumstellung unter dem Durchschnitt der letzten 30 Jahre liegt. Das heißt: In Wahrheit haben wir eine der niedrigsten Steuerbelastungsquoten in der Geschichte der Bundesrepublik und auch eine der niedrigsten im europäischen Vergleich. Das Problem bei uns ist eben nicht die Steuerbelastung, sondern das Problem ist die Belastung mit Lohnnebenkosten. Darauf sind Sie leider nicht eingegangen.

(Heinz Hardt [CDU]: Sie haben es immer noch nicht verstanden!)

(Ernst-Martin Walsken [SPD])

- (A) Die F.D.P. im Bund benutzt die Steuerreform als Faustpfand, um eine gewollte Entlastung beim Spitzensteuersatz zu erreichen. Das heißt, in Wirklichkeit will die F.D.P. eine Tarifreform. Wir sind für eine moderate Absenkung, und niemand anders als der Kollege Diegel hat soeben hervorragend dargestellt, wie sich Oskar Lafontaine und die SPD dies vorstellen. Mehr Geld für die breite Masse der Bevölkerung wäre eine Trendwende in der Steuerpolitik dieser Republik. Dann steigt die Massenkaukraft, und dadurch wird auch der Arbeitsmarkt entlastet.

(Beifall bei der SPD)

Das ist deshalb eine Trendwende, weil alle Steuersenkungen, die Sie in den letzten 16 Jahren - so lange regieren Sie schon in Bonn - vorgenommen haben, keine Steuerentlastung für die breite Masse der Bevölkerung waren.

(Beifall des Dr. Stefan Bajohr [GRÜNE] -
Helmut Diegel [CDU]: Einsamer Reiter!)

- (B) Die Abschaffung der Vermögensteuer ist von Ihnen in Bonn in der Bundestagsfraktion durchgesetzt worden. Die Gewerkekapitalsteuer wurde abgeschafft, die Gewerbeertragsteuer wurde in wesentlichen Punkten zu Lasten der Gemeinden minimiert. Bei der Erbschaftsteuer wurden Veränderungen vorgenommen, und Sie wissen, Sie haben argumentiert, daß mit diesen Schritten zusätzliche Arbeitsplätze entstehen würden.

Ich verstehe, daß Sie von Wahl zu Wahl wiederholen müssen, daß Steuersenkungen zu Arbeitsplätzen führen, weil nach jeder Wahl der versprochene Effekt nicht eingetreten ist. Nur: Mittlerweile ist ein Gewöhnungseffekt an Ihre Aussage eingetreten, so daß Ihnen mittlerweile keiner mehr glaubt, daß dieser Zusammenhang besteht - jedenfalls nicht so, wie Sie ihn darstellen.

Was mich in dieser Debatte wundert, ist Ihre Haltung zu den Konsequenzen, die sich aus den steuerlichen Mindereinnahmen im Haushalt von Nordrhein-Westfalen ergeben, weil man bestimmte politische Grundlagen in Bonn so will, wie sie durchgesetzt worden sind. Es herrscht im Bund nach meiner Meinung kein Steuerchaos, sondern ein Finanzchaos. Sie haben die steuerliche Seite in den letzten Jahren bewußt politisch so angelegt, daß Entlastungen bei den oberen Einkommensbeziehern entstanden sind, daß sich die dort entstandenen Entlastungen bei uns in Mindereinnahmen niederschlagen und daß wir diese Min-

dereinnahmen exekutieren müssen. Und wir können sie nur dort exekutieren, wo die breite Masse der Bevölkerung doppelt betroffen ist. (C)

Ich hätte mich gefreut, wenn Sie einmal gesagt hätten: Jawohl, wir, die CDU, wollen diese Steuerpolitik. Wir stehen zu dieser Steuerpolitik, und wir sind der Meinung, daß diese Steuerpolitik auch in Nordrhein-Westfalen zu Mindereinnahmen führen muß. Wir schlagen vor, daß die Mindereinnahmen in diesem und jenem Bereich stattfinden. - Ihre konkreten Vorschläge, wie das in Nordrhein-Westfalen umzusetzen ist, habe ich noch an keiner Stelle gehört. Sie kneifen, wenn es darum geht, Konsequenzen aus Ihrer bundespolitischen Verantwortung für die Verantwortung in Düsseldorf zu ziehen.

Natürlich fällt es Ihnen schwer - das muß ich Ihnen konzedieren -, angesichts einer so soliden Finanzpolitik in Nordrhein-Westfalen Ansatzpunkte für eine ernsthafte Kritik tatsächlich zu finden.

(Lachen bei der CDU)

Ich habe gesagt: Die Ausgabensteigerung dieses Landeshaushalts liegt seit Jahren in einem vom Finanzplanungsrat vorgelegten Rahmen, und Sie wissen, daß diese Ausgabensteigerung zurückzuführen ist auf die erheblichen Beiträge, die Nordrhein-Westfalen zum Beispiel in den Länderfinanzausgleich gibt. Sie haben auf den Länderfinanzausgleich eben rekuriert. (D)

Ich will einmal die Zahlen nennen - das haben Sie nicht getan -: Durch den Umsatzsteuervorwegabzug, durch den Fonds Deutsche Einheit und durch den Länderfinanzausgleich werden aus der volkswirtschaftlichen Leistungsfähigkeit dieses Landes, aus dem Steueraufkommen dieses Landes im Jahre 1998 9,1 Milliarden DM an schwache Bundesländer bezahlt. Das sind 10 %. 1999 rechnen wir mit 8,6 Milliarden DM. Wenn wir diese Summe nicht zu bezahlen hätten, brauchten wir keine Kredite aufzunehmen - nebenbei bemerkt. Die Absenkung 1999 ist nur deshalb zustande gekommen, weil der Bundesfinanzminister eine Tilgungsstreckung durchsetzen konnte, um seine eigenen Zahlen zu schönen. Sonst wäre er nicht über die Runden gekommen.

Zum Länderfinanzausgleich und zur Haltung von Bayern will ich ein paar Sätze sagen. Bayern hat durch den Länderfinanzausgleich 35 Jahre lang auch und gerade von Nordrhein-Westfalen solidarische Hilfe für seinen Aufbau erfahren. Bayern

(Ernst-Martin Waisken [SPD])

- (A) war nach dem Krieg ein Agrarland; mit unserem Geld ist Bayern zum Industrieland geworden!

(Beifall bei der SPD)

Darüber freuen wir uns, weil es letztlich im Interesse der gesamten Republik liegt. Jetzt, wo Bayern zum ersten Mal richtig zahlen muß, steht es auf dem Standpunkt: Solidarität interessiert uns nicht mehr. Sollen die Armen doch sehen, wie sie klarkommen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Wir haben ein anderes Verständnis von Solidarität und vom Umgang miteinander. Wir sind der Meinung, daß man nicht die Keule schwingen, sondern über Solidarität und ihre Rahmenbedingungen ernsthaft ringen und Mehrheiten finden muß. Und Sie sprechen davon, daß geklagt werde. Sie werden sehen, wohin die Keule fällt. Sie fällt auf den eigenen Fuß. Dann haben wir gebrochene Beine und keinen Gesprächsfaden mehr. Das ist der falsche Ansatz, der ins Leere läuft und zur Verärgerung führt und nicht dazu angetan ist, Solidarität ernsthaft zu praktizieren.

(Zuruf des Helmut Diegel [CDU])

- (B) Sie verlangen von uns, daß wir aus der Solidarität ausscheren. Wir aber bekennen uns dazu, daß die armen Länder, solange es uns besser geht, einen Anspruch auf solidarische Unterstützung haben. Sie wollen diesen Anspruch offenbar aufgeben. Das machen wir nicht mit! Denn es kann immer einmal sein, daß man plötzlich selbst arm wird. Dann freut man sich, wenn andere solidarisch helfen. Ich weiß nicht, wie Sie sich das vorstellen, aber meine Vorstellung von solidarischer Hilfe der Bundesländer unterscheidet sich von Ihrer.

Ich will beim Länderfinanzausgleich noch einmal kurz die Rolle des Bundes ansprechen. Der Bund tut so, als ginge ihn das alles mal wieder gar nichts an. Es hat schon einmal eine sehr erfolgreiche Verfassungsklage des Landes Nordrhein-Westfalen gegen den Länderfinanzausgleich gegeben. Das Bundesverfassungsgericht hat dem Bund attestiert, daß er sich nicht seiner Verantwortung adäquat verhalte. Er müsse im Länderfinanzausgleich nicht nur eine Notarrolle, sondern eine Antreiber-, eine Regulierungs-, eine aktive Rolle übernehmen. Diese Meinung hat das Verfassungsgericht damals schon vertreten; heute ist die Situation nicht anders.

Herr Stoiber darf, weil er Wahlkampf betreibt, eine Bayernnummer abfahren, um sich vor den

Bayern als unheimlich guter bayerischer Lokalpolitiker zu gebärden, wohl wissend, daß die Verfassungsklage relativ wenig Aussicht auf Erfolg hat. Die Bundesregierung selbst tut so, als würde sie an den Regeln des Finanzausgleichs festhalten, weil das möglicherweise in den neuen Bundesländern, die den Finanzausgleich wollen, Stimmen bringt, und betreibt insoweit eine doppelböckige Politik.

Parallel dazu zaubert der Bundesfinanzminister ein Papier aus der Kiste, das sich "Symmetrische Finanzpolitik 2010" nennt, das wir uns näher anschauen müssen. Unter der Überschrift "Föderalismusgerechte Finanzpolitik - Mehr Selbständigkeit und klare Verantwortung" schlägt der Finanzminister im Prinzip vor, alle mit der Reform von 1969 vorgenommenen Änderungen wieder rückgängig zu machen. Es soll eine Trennung der Steuerhoheit erfolgen: Die indirekten Steuern sollen dem Bund, die direkten Steuern den Ländern zufließen. Die Mischfinanzierungen bei den Gemeinschaftsaufgaben Bildungsplanung, Forschungsförderung und sozialer Wohnungsbau sollen rückgängig gemacht werden.

Was bedeutet das, Herr Kollege Diegel? Das bedeutet: Die indirekten Steuern - Mehrwert-, Versicherungs-, Mineralöl-, Tabak-, Alkohol- und andere Steuern -, die konstanten Steuerquellen, die konjunkturunabhängig fließen, soll der Bund erhalten. Die konjunkturabhängigen Steuern jedoch - Einkommen-, Körperschaft- und Lohnsteuer -, die starken konjunkturellen Schwankungen ausgesetzt sind, sollen den Ländern zustehen.

Das versetzt Länder, denen es gut geht, in die Lage, Einkommensteuertarife, die sie in bestimmtem Rahmen selbst festlegen sollen, zu senken. Damit lösen sie einen Wettbewerb zwischen den Bundesländern um günstige Arbeitsplätze aus. Das ist das Ende des Föderalismus! Das ist das Ende des Länderfinanzausgleichs und ein Rückfall in Kleinstaaterei, wie ich sie mir angesichts der europäischen Herausforderungen schlimmer gar nicht vorstellen kann.

(Beifall bei der SPD)

Der Vorschlag des Bundesfinanzministers ist abenteuerlich!

Natürlich kann er rechnen. Das "Handelsblatt" hat ausgerechnet, daß allein diese Umverteilung 3,5 bis 8 Milliarden DM mehr in die Kassen des Bundesfinanzministers bringt. Damit wird auch automatisch weniger in unseren Kassen vorhan-

(C)

(D)

(Ernst-Martin Walsken [SPD])

(A) den sein. Deshalb ist es logisch, daß er in diesem Vorschlag erklärt, die Schieflage mit der Neuordnung der Einnahmen und Ausgaben zu Lasten des Bundes müsse beseitigt und die Deckungsquote des Bundes erhöht werden. Damit ist auch der Länderfinanzausgleich passé. Jede Gebietskörperschaften sollen es nach Waigels Meinung selbst in der Hand haben, die Anpassungen auf der Ausgaben- und Einnahmenseite so vorzunehmen, daß auf Dauer ein ausgeglichener Haushalt gewährleistet ist.

Das führt zwangsläufig dazu, daß reiche Länder immer reicher und arme immer ärmer werden. Damit sind die armen Länder automatisch auf Alimentierung vom Bund angewiesen. Das führt unweigerlich zu einer Abhängigkeit finanzschwacher Länder vom Bund. Das hat politisch mit Föderalismus nichts mehr zu tun.

Der Vorschlag von Herrn Waigel kommt jetzt, kommt heute.

(Helmut Diegel [CDU]: Heute nicht!)

(B) Die Finanzverfassung von 1969 ist unter der Federführung von Franz Josef Strauß und Karl Schiller zustande gekommen. 1969 hat man auf Mischfinanzierung, Bundesergänzungszuweisungen, einen guten Länderfinanzausgleich Wert gelegt. Warum? 1969 hat Bayern aus dem Länderfinanzausgleich Mittel erhalten. Heute dagegen sagen die Bayern: "Schönen Dank für das Geld, das wir bekommen haben, liebe Bundesländer; schönen Dank, reiche Länder. Jetzt haben wir keine Lust mehr, arme Länder, zu alimentieren; also steigen wir aus der Finanzierung wieder aus." Diese Politik legt die Axt an den Föderalismus in der Bundesrepublik Deutschland. Ich glaube nicht, daß Herr Waigel diesen Vorschlag außer im Wahlkampf ernsthaft verfolgen wird.

Der Bundesfinanzminister begrüßt in seinem Papier nochmals die Abschaffung der Vermögen- und der Gewerbesteuer. Weder die Länder noch die Kommunen sollen nach diesem Papier einen Ausgleich dafür erhalten. Hätten die CDU/CSU-Fraktion und die F.D.P.-Fraktion im Bundestag im vergangenen Jahr die Vorschläge des Bundesfinanzministers beherzigt und den Bitten der Länder bei den reinen Landessteuern entsprochen, hätten wir die Vermögensteuer heute noch. Das sind 1,9 Milliarden DM, die diesem Land fehlen, weil der Bund die Vermögensteuer abgeschafft hat, die nur Menschen bezahlen mußten, die nicht zu den Ärmsten in diesem Lande gehören.

Trotzdem gilt es - bei allen Punkten, die in der Debatte genannt worden sind - ernsthaft über die Zukunft des Finanzgeflechts zwischen Bund und Ländern nachzudenken. Finanzminister Schleißer hat in der Einbringungsrede ausdrücklich den Gedanken begrüßt, im Bundestag eine Enquete-Kommission einzusetzen, um über die Finanzstrukturen zu reden.

(Helmut Diegel [CDU]: Das war unser Vorschlag!)

- Nein, Sie wollten, daß wir klagen. Das ist etwas anderes. Sie holen die Vorschläge so aus der Tasche, wie es Ihnen gerade paßt. Ihr Antrag war gewesen, zu klagen. Jetzt sagen Sie plötzlich, Sie seien mit uns der Meinung, es sollte eine Enquete-Kommission eingesetzt werden. Dann hätten Sie Ihren Antrag auf Klage nicht einbringen dürfen!

(Beifall bei der SPD)

Bleiben Sie doch endlich einmal bei einer Linie, Herr Kollege Diegel! Ihre Linie will ich gleich an einem anderen Beispiel noch einmal darstellen. Bleiben Sie doch bitte bei einer Linie! Sie haben eben noch gesagt, wir würden mit den Schultern zucken, statt zu und klagen. Dabei hat der Finanzminister ausdrücklich ausgeführt, daß wir eine Enquete-Kommission wollen, um die Finanzbeziehungen neu zu besprechen. Also, verständigen wir uns doch darauf, dann ist das doch in Ordnung.

(Zuruf des Helmut Diegel [CDU])

Ich bin sicher - das werden Sie auch noch begreifen, nach der Wahl mehr denn je ---

Im übrigen, Herr Kollege Diegel, so wie Sie eben die SPD und auch die einzelnen Minister beschimpft haben - denken Sie einmal zwei Sekunden darüber nach, daß der Wähler uns eine große Koalition bescheren könnte.

(Heinz Hardt [CDU]: Davon träumt ihr nur!)

Nicht "armes Deutschland" würde ich sagen, sondern "armer Kollege Diegel", denn Sie müßten dann alles zurücknehmen, was Sie eben gesagt haben. Also seien Sie, Herr Kollege Diegel, ein bißchen vorsichtiger, was die Bewertung von Menschen und ihrer politischen Auffassung angeht.

(Zurufe)

Ich bin sicher, daß unser Vorschlag, mit Argumenten Bewegung in die Debatte über den Län-

(C)

(D)

(Ernst-Martin Walsken [SPD])

- (A) derfinanzausgleich zu bringen, der sachlich richtigere und auch der erfolgversprechendere sein wird.

Von Ihnen werden immer Einzelpunkte aus dem Landeshaushalt hervorgehoben. Die Forensik ist von Ihnen herausgegriffen worden. Ich will mir nur die Bemerkung erlauben, daß Sie aus dem Untersuchungsausschuß wissen müßten, daß es jahrelang Gelder im Landeshaushalt gegeben hat, die nicht abgerufen worden sind, weil die Landschaftsverbände nicht bauen wollten.

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Das ist un- wahr! Das stimmt doch gar nicht!)

Wir werden sehen, ob sie jetzt abgerufen werden.

Sie haben angesprochen, daß 500 Ausbildungs- plätze im Haushaltsentwurf der Landesregierung gestrichen worden seien. Sie wissen genau, daß wir weit über 500 Ausbildungsplätze nicht beset- zen konnten, weil keine Bewerber gefunden wor- den sind, die diese Plätze haben wollten.

(Lachen bei der CDU)

- Ja natürlich, das wissen Sie ganz genau. Sie wissen, daß die Ausbildungsplätze für Verwal- tungsfachangestellte nicht besetzbar sind, weil "Verwaltungsfachangestellte" ein Ausbildungs- beruf ist, der nur in der Landesverwaltung ausge- übt werden kann, und kein Auszubildender mehr bereit ist, wenn er klug ist, einen solchen Aus- bildungsplatz zu nehmen, denn wir können keine Beschäftigungsgarantie in zwei Jahren geben.

(B)

(Zustimmung bei Abgeordneten der SPD - Widerspruch des Hermann-Josef Arentz [CDU])

Also ist das hier eine rein statistische Angelegen- heit. Sehen Sie sich einmal die genauen Zahlen an! Die Zahl der tatsächlichen Abschlüsse von Ausbildungsverträgen ist in diesem Land jedes Jahr gestiegen. Im vorigen Jahr haben wir eine Steigerung von über 14 % bekommen. Das ist der wahre Beitrag, den diese Landesregierung zur Linderung der Ausbildungsplatzsituation leistet.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben die Personalkosten angesprochen. Zu- nächst einmal: Sie haben immer gesagt, die Vor- gabe, die Begrenzung der Personalkosten an den Steuereinnahmen und am Gesamtvolumen des Haushalts zu orientieren - 40 % der Gesamtaus- gaben und 50 % der Steuereinnahmen sind die Grenzen -, sei in Ordnung. Diese Begrenzung ist

eingehalten worden. Ich weiß nicht, warum Sie (C) da etwas kritisieren.

Sie wissen, daß über 95 % der Personalkosten auf Schule, Weiterbildung, Wissenschaft, Justiz, Polizei, Finanzverwaltung und Umweltverwaltung entfallen. 95 %! Ich möchte gerne wissen, wo Sie eigentlich die großen Reserven sehen. Ich möchte auch gerne wissen, wie Sie sich einen schnelleren Arbeitsplatzabbau aufgrund von Orga- nisationsgutachten vorstellen. Sagen Sie doch einmal klipp und klar, daß Sie es leid sind mit dem Arbeitsplatzabbau über kw-Vermerke, wenn jemand in Rente geht, sondern daß Sie Sozial- pläne wollen. Sagen Sie es doch endlich einmal! Dann wissen wir wenigstens, woran wir bei Ih- nen sind. Aber dieses ständige Reden, daß zuwe- nig abgebaut werde, und auf der anderen Seite der Mangel an Vorschlägen, um dies zu verän- dern, geht mir langsam auf die Nerven. Das ist so nichtssagend, so hohl, was von Ihnen kommt. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie endlich einmal Fakten auf den Tisch legen würden.

(Beifall bei der SPD - Helmut Diegel [CDU]: Das haben wir letztes Jahr gemacht! Sie haben nicht zugehört!)

- Kollege Diegel, ich komme wieder auf Zahlen und Fakten. Gucken Sie sich die Anzahl der Lan- desbediensteten in Nordrhein-Westfalen im Ver- gleich zu den anderen Bundesländern an! In Nordrhein-Westfalen entfallen 233 Stellen im Lan- desdienst auf 10 000 Einwohner. In Bayern sind es 258, in Baden-Württemberg 271. Wollen Sie da davon reden, daß wir überbürokratisiert seien? Würden Sie da davon ausgehen, daß wir in der Landesverwaltung einen Wasserkopf haben? (D)

(Heinz Hardt [CDU]: Sie rechnen doch die Landschaftsverbände gar nicht mit!)

- Lieber Herr Kollege, diese Zahlen sind vom Sta- tistischen Bundesamt sauber berechnet. Daß sie Ihnen nicht passen, kann ich verstehen.

(Heinz Hardt [CDU]: Die Landschaftsver- bände rechnen Sie nicht mit! Die gibt es doch bei Ihnen gar nicht!)

Sie haben gefragt, wo denn im Landeshaushalt Schwerpunkte seien. Und Sie sagen, wenn bei einem Haushalt von 10, 15 oder 20 Milliar- den DM irgendwo 10 oder 15 Millionen DM fehl- ten - ich sage einmal: eine verschwindende Grö- ße -, dann sei das kein Schwerpunkt mehr. Ich sage Ihnen: Wenn man die Ausgaben reduzieren muß, dann ist das relative Erhalten dessen, was

(Ernst-Martin Walsken [SPD])

(A) da ist, ein Schwerpunkt. Und der gesamte Landeshaushalt besteht aus Schwerpunkten!

(Lachen bei der CDU - Hermann-Josef Arentz [CDU]: Das ist ja kabarettreif!)

Die Gemeinden erhalten mit 13,59 Milliarden DM 3 % mehr als im letzten Jahr.

(Beifall des Klaus Matthiesen [SPD])

Ich bin wirklich verblüfft, wie man hier, obwohl man hier auf netto 200 Millionen DM mehr kommt, von "Raubzug" sprechen kann. Ich habe noch nie erlebt, daß jemand, der beraubt worden ist, anschließend mehr in der Tasche hat. Ihr Vokabular stimmt also auch hier überhaupt nicht mit den Fakten überein. Sie müssen einmal überlegen, wie Sie Ihr Vokabular auf die Faktenlage richtig orientieren.

(Klaus Matthiesen [SPD]: Herr Diegel hat die Ausbildung im dunklen Wald gemacht! Er hat andere Vorstellungen von "Raub"!)

- Es wäre schön, wenn eine Ausbildung vorhanden wäre.

Die Nettokreditaufnahme im Haushalt geht, Herr Kollege Diegel, um 2,7 % auf 7,1 Milliarden DM zurück. Wir brauchen weniger Schulden aufzunehmen, obwohl wir 8,9 Milliarden DM für den Länderfinanzausgleich zusätzlich ausgeben müssen und obwohl uns 9 Milliarden DM gegenüber 1995 fehlen. So hervorragend wirtschaften wir, so hervorragend sind wir in der Lage, trotz der riesigen Probleme, die der Bund auf uns abwälzt, noch eine solide Finanzpolitik zu führen.

Sie reden davon, wie toll der Bund wirtschaftet. Ich will Ihnen das auch einmal anhand von Zahlen und Fakten verdeutlichen. Die Nettokreditaufnahme des Bundes beträgt nach dem Haushaltsentwurf 1999 12,1 % des Haushaltsvolumens. 12,1 %! Wenn wir diese Zahl hätten, könnten wir 4 Milliarden DM mehr Schulden aufnehmen, nämlich 11 Milliarden DM. Daran können Sie sehen, wie hervorragend wir in der Lage sind, einen Landeshaushalt zu finanzieren. Alles das, was Sie an Vorwürfen gegen unsere Politik gesagt haben, geht deshalb ins Leere, und alles das, was Sie an Solidität Bonn bescheinigt haben, betrifft eigentlich uns. Das ist bitter für Sie, aber es ist die Tatsache.

(Helmut Diegel [CDU]: Wer trägt denn die Hauptlast der Wiedervereinigung? Der Bund und nicht dieses Land!)

- Es wäre schön, wenn das so wäre; dann könnten wir eine ganz andere Politik betreiben. (C)

Ich habe immer vermutet, daß Sie im Zweifelsfall nicht auf der Seite der Länder, sondern auf der Seite des Bundes sind. Sie haben dies mit Ihrem Zwischenruf bestätigt.

(Beifall bei Abgeordneten von SPD und GRÜNEN)

Sie greifen nämlich eine Zahl auf, die nicht stimmt, und behaupten, das wäre Politik, und denken gar nicht daran, daß wir mit 9 Milliarden DM dabei sind. Herr Kollege Diegel, welche Interessen vertreten Sie eigentlich?

Darüber hinaus muß man berücksichtigen, wenn man die Zahlen des Bundes nimmt, daß der Finanzminister bei der Einbringung des Bundeshaushalts im Bundestag eine Steuerreform angekündigt hat. Die daraus resultierenden Mindereinnahmen hat er aber in seinem Entwurf für den Bundeshaushalt 1999 gar nicht veranschlagt. Das heißt, in Wahrheit ist das ausgewiesene Defizit, wenn er denn die Steuerreform in der angekündigten Form durchsetzt, noch viel größer. Das zeigt, wie unsolid in Bonn Politik betrieben und wie vordergründig mit Zahlen operiert wird.

Der Bund gibt 18 % seines Haushaltes für Zinsen aus. Wissen Sie, wieviel wir in Nordrhein-Westfalen ausgeben? Wissen Sie es? - Nein, Sie wissen es nicht. Ich sage es Ihnen gerne: 9,5 %, Herr Kollege Diegel. (D)

(Helmut Diegel [CDU]: Vergleichen Sie nicht Äpfel mit Birnen!)

Das ist die Hälfte von dem, was der Bund ausgibt.

Die Zinssteuerquote des Bundes beträgt 23 %. Die des Landes Nordrhein-Westfalen beträgt 12 %. Herr Kollege Diegel, das zu Zahlen und Fakten, Klarheit und Wahrheit. Hier haben Sie Zahlen und Fakten, hier haben Sie Klarheit und Wahrheit. Das tut Ihnen weh, weil Sie nicht damit umgehen können und weil es auf Ihre Probleme lenkt, die Sie hier im Landtag haben.

Wenn man diese Zahlen und Fakten nimmt, bleibt übrig, daß Sie die einzigen sind, die Glauben machen wollen, daß das Land Nordrhein-Westfalen vor einer Finanzkatastrophe steht.

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Deswegen macht ihr ein Haushaltssicherungsgesetz!)

(Ernst-Martin Walsken [SPD])

(A) Man sieht das hier auch an der Bereitschaft zuzuhören. Sie sind offenbar nicht willens und auch nicht in der Lage, ernsthaft in eine sachpolitische Debatte über Haushaltseckwerte und Haushaltsprioritäten einzutreten.

Sie haben gefragt, wo unsere Schwerpunkte sind. Unsere Schwerpunkte sind im Haushalt. Der Haushalt ist unser Schwerpunkt. 31,5 % der Ausgaben werden für Jugend, Schule, Wissenschaft und Forschung eingesetzt. Ein Drittel unseres Haushaltes steht für die Ausbildung und Sicherung des sozialen Standards der jungen Menschen in diesem Land zur Verfügung. Das sind 27 Milliarden DM. Das ist Prioritätensetzung. Dann kommen Sie mir doch nicht mit lächerlichen 10 Millionen DM, die aufgabenkritisch irgendwo abgesetzt werden müssen. Das trifft einfach nicht das reale Bild des Landeshaushalts.

Ich frage Sie jetzt einmal, wenn wir mit den Ausgaben zurückgehen und wir 9 Milliarden DM unserer Ausgaben absenken müssen, wie Sie politisch wollen und wie Sie es in Bonn politisch beschlossen haben, wo Ihre Prioritäten sind. Welche Anträge stellen Sie, um von den Ausgaben herunterzukommen?

(B) Ich sehe mir darauf einmal Ihre Anträge an. Ich habe mal einige Anträge, die Sie eingebracht haben, herausuchen lassen. Beim Flüchtlingsaufnahmegesetz haben Sie 200 Millionen DM Mehrausgaben beantragt, bei der Förderung der deutschen Kultur des Ostens haben Sie eine Aufstockung der Haushaltsmittel beantragt.

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Wieviel denn?)

Sind das Ihre Schwerpunkte? Ist das die Priorität, die Sie für den Landeshaushalt von Nordrhein-Westfalen angesichts von Arbeitslosigkeit und Ausbildungsproblemen bei den Jugendlichen sehen?

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Was hat man Ihnen da aufgeschrieben? Eine relativ schwache Nummer!)

Wirkungsanalyse! Wo sind Ihre Vorschläge für die personelle Ausstattung für die realistische Überprüfung? Steuerhinterziehung, Steuerfahndung, Staatsanwaltschaft stärken, Unterrichtsqualität, mehr Lehrer, komplementäre ambulante Dienste sichern, Weiterbildung beim Allgemeinarzt, Weiterbildungseinrichtungen sichern - das sind weitere Stichworte. Meine Damen und Herren, Sie haben doch nur eine konsequente Politik betrieben,

und diese besteht darin, daß Sie alles das, was wir kritisch untersucht und überprüft haben, von vornherein ablehnen. Das ist die einzige Logik, die sich aus Ihrer Politik ergibt. Nur: Das reicht allemal nicht aus, um zu beweisen, daß Sie in diesem Land eine solide Finanzpolitik betreiben wollen. (C)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie haben eben - das gehört ja zur billigen Polemik, das gehört ja zur Darstellung in diesem Haus - kurz eine Broschüre gezeigt und gesagt: Herr Ministerpräsident, dafür haben Sie Geld, für anderes, für Arme und für Kinder haben Sie kein Geld.

Wissen Sie, was das hier ist?

(Der Abgeordnete hält zahlreiche kleine Faltbroschüren hoch.)

Das ist Wahlwerbung der CDU, bezahlt mit den Steuergeldern des Landes Nordrhein-Westfalen. Das ist aus Ihrem Fraktionssaal; dort kann man sie kostenlos bekommen. Dafür haben Sie Geld. Soll ich jetzt sagen: aber für Arme, für Ausbildungsplätze haben Sie kein Geld?

Lieber Herr Kollege Diegel, das zeigt, wie billig Ihre Auftritte sind, das zeigt, auf welchen Füßen Ihre Beispiele hier stehen. Das zeigt, daß Sie in Wahrheit nichts zu bieten haben. (D)

Aber ich will einmal hineinsehen in die Dinger, die Sie hier vorgelegt haben, weil Sie ja immer sagen, man müsse Schwerpunkte setzen. Sie sagen ja immer, wir müßten zwar sparen, aber nicht so wie die Landesregierung, sondern an anderer Stelle.

Sparen tun Sie nicht. Sie geben für solche Broschüren das Geld aus, aber darin steht kein einziger Sparvorschlag. Außer der verbalen Bekundung, es müsse gespart werden, steht an keiner Stelle, wo und wie gespart werden muß. Hierin steht aber: 1 000 Stellen mehr für fachspezifischen Unterricht, 1 000 Stellen mehr für Stellen im Vorgriff.

Die CDU-Fraktion hat 250 Millionen DM mehr für die Ausstattung der Polizei verlangt, steht hierin. Für 1998 sollen 200 Millionen DM zusätzlich für den Hochschulneubau und 50 Millionen DM für Bibliotheken ausgegeben werden.

(Helmut Diegel [CDU]: Richtig!)

Von Ihnen wird der Ausbau der Haftkapazitäten verlangt. Täter haben im Sicherheitsvollzug nichts

(Ernst-Martin Walsken [SPD])

(A) zu suchen. Auch da muß mehr Geld ausgegeben werden.

Dann schreiben Sie: Die Einnahmeseite des Landeshaushaltes muß nachhaltig gestärkt werden. Hierzu ist insbesondere das Investitionsvolumen anzuheben.

Sie müssen mir einmal zeigen, wie Sie dieses Kunststück vollbringen wollen, es sei denn, Sie kommen zu dem Ergebnis, das uns der Finanzminister auch einmal dargestellt hat, daß haushaltsrechtlich Kreditaufnahmen auch Einnahmen sind. Insofern haben Sie recht: Wenn wir mehr investieren und das durch Kredite finanzieren, dann haben wir mehr Einnahmen.

Das sind Ihre Vorschläge zur Finanzpolitik und Ihre Prioritäten. Deshalb kann ich Ihnen nur sagen: Sie haben hier eine Wahlkampfrede gehalten. Sie haben keinen Beitrag geliefert, der sich ernsthaft und sachlich mit den Problemen des Landes Nordrhein-Westfalen auseinandersetzt. Ich wäre sehr dankbar, wenn Sie wieder auf eine Linie kämen, auf der man gemeinsam kommunizieren könnte hinsichtlich der Probleme, mit denen wir es zu tun haben.

(B) Ich will als allerletztes Beispiel auf Ihre Doppelzüngigkeit zu sprechen kommen. Ich habe hier einen Artikel aus dem "Westfälischen Anzeiger" vom 4. September 1998: Ökosteuer auf den Parkplatz. Finanzminister Heinz Schleußer will Auto fahrende Landesbedienstete zur Kasse bitten.

(Helmut Diegel [CDU]: Genauso ist es!)

Da wird der Kollege Diegel zitiert: Übelste Abzockerei, schimpft angesichts der steigenden Kosten für Tausende Landesbedienstete der CDU-Finanzexperte Helmut Diegel. Mogelpackung und so weiter. Wir lehnen dieses Sonderopfer für die Landesbediensteten entschieden ab, zumal dem keine adäquaten Gegenleistungen gegenüberstehen.

Jetzt will ich einmal etwas vorlesen, wenn ich das darf, Frau Präsidentin:

"Wir sagen damit ein klares Ja zur Parkraumbewirtschaftung an Hochschulen, an Landesbehörden, wie wir das an verschiedener Stelle immer wieder wiederholt haben. Das ist die logische Konsequenz nach der Einführung des 'Semester-Tickets' und des Jobtickets.

Wer ja zum 'Semester-Ticket' und Firmenticket sagt, muß auch ja zur Parkraumbewirt-

schaffung sagen. Nur so ist eine durchgreifende Änderung des Verkehrsverhaltens - insbesondere von Berufs- und Ausbildungspendlern - zu erreichen und der gewollte Umstiegseffekt auf den ÖPNV zu bewirken.

Wir beschreiten damit einen neuen Weg."

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das war der Beitrag des Kollegen Wächter von der CDU bei der einstimmigen Beschlußfassung in diesem Landtag am 05.05.1993. Da haben wir das einstimmig beschlossen.

So, Herr Kollege Diegel, ist bei Ihnen die Ernsthaftigkeit von Debattenbeiträgen zu werten. - Was mich schert mich mein dummes Geschwätz von gestern, wo es doch morgen noch ein bißchen dümmer sein könnte? - Es tut mir leid, sie haben das Klassenziel nicht erreicht. Wir werden es auch ohne Sie alleine weiterhin gut schaffen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Das Wort hat nun für die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN Kollege Dr. Bajohr.

(Klaus Matthiesen [SPD]: Kommt jetzt etwas Erhellendes? - Dr. Stefan Bajohr [GRÜNE]: Ich will es hoffen! - Roland Appel [GRÜNE]: Hören Sie gut zu, Herr Kollege Matthiesen!)

Dr. Stefan Bajohr (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Man hat es gesehen an dem Beitrag des Kollegen Diegel: Haushaltsdebatten dienen oft nur noch dem verbalen Schlagabtausch zwischen Regierung und Opposition. In Wahlkampfzeiten wie diesen wird dann sogar leicht ein Wettkampf um die plattesten Parolen daraus.

Ich muß auch sagen, Kollege Walsken: Der Hinweis, den Sie auf eine mögliche große Koalition gegeben haben, war sicherlich auch eine Fehlleistung. Es wird nach dieser Bundestagswahl Rot-Grün geben.

Wir GRÜNEN meinen, daß Haushaltsdebatten anders angelegt werden sollten. Wir meinen, daß die Menschen ein Recht haben auf Sachlichkeit, auf Informationen, auf Fakten, auf Daten, auf Hintergründe. Und die Politik hat diese Informa-

(C)

(D)

(Dr. Stefan Bajohr [GRÜNE])

(A) tionen, diese Daten und Fakten zu liefern und nicht hier in Wahlkampf zu machen.

Ich will mich deshalb vor allem mit der Frage beschäftigen: Wo stehen wir in Nordrhein-Westfalen heute, und wie ist es um die Landesfinanzen in Wirklichkeit bestellt?

Mit dieser Frage hängen andere Fragen zusammen:

1. Wir konnte es zu dem Zusammenbruch der Steuereinnahmen kommen, vor dem wir stehen?
2. Wo liegen die Ursachen der besorgniserregenden Staatsverschuldung?
3. Warum bringt die Sparpolitik der rot-grünen Koalition nicht die durchschlagenden Erfolge, die wir uns erhoffen?
4. Was können wir tun, um die Schwierigkeiten zu bewältigen?

Kollege Diegel, Sie versuchen, eine Krise herbeizureden. Nordrhein-Westfalen steht allerdings vor einer großen Herausforderung. Es ist sicher eine der größten der letzten 17 Jahre. 1981 mußte sich der Landtag wie auch jetzt nicht nur mit einem Haushaltsplan beschäftigen, sondern zusätzlich auch mit einem Haushaltssicherungsgesetz. Das macht es gerade für die GRÜNEN nicht leicht; denn die Reformperspektiven, die wir zu Beginn dieser Koalition entwickelt hatten, haben sich aus finanzpolitischen Gründen dramatisch verengt.

(B) Sie haben sich verengt, obwohl wir in den letzten fünf rot-grünen Landeshaushalten bereits ganz erhebliche Sparanstrengungen unternommen haben.

Wir wollen weiter dafür sorgen, daß Ausgaben- und Einnahmenentwicklung nicht völlig verschiedene Wege gehen. Aber - das hat auch Kollege Walsken richtig gesagt - wir können als einzelnes Land unmöglich eine Entwicklung stoppen, die alle Gebietskörperschaften in der Bundesrepublik betrifft und die unsere jeweiligen Finanzplanungen nahezu vollständig über den Haufen wirft.

Als die Koalition hier in NRW 1995 geschmiedet wurde, versprachen uns die Steuerschätzer für das Jahr 1996 - also für den ersten vollständigen rot-grünen Landeshaushalt - Einnahmen in Höhe von 68,3 Milliarden DM. In Wirklichkeit kamen 2 Milliarden DM weniger herein. 1997 gab es das gleiche Spiel: Die Steuerschätzer versprachen uns

71,6 Milliarden Steuereinnahmen, in Wirklichkeit fehlten 6,3 Milliarden DM, und für 1998 ist es das gleiche. Solche Fehlentwicklungen, Kollege Diegel, untergraben das Fundament für eine seriöse, vorausschauende Politik.

(C)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Inzwischen ist doch jeder Wetterbericht zuverlässiger als die Prognosen des Arbeitskreises Steuerschätzung, der uns seit fünf Jahren --

(Zuruf des Helmut Diegel [CDU])

- Der Arbeitskreis sagt die Daten voraus aufgrund der Annahmen des Bundeswirtschaftsministers. Und aufgrund der Annahmen des Bundeswirtschaftsministers kommen die falschen Angaben zustande. Das wissen Sie genausogut wie wir. Die F.D.P. und dieser Wirtschaftsminister schätzen die wirtschaftliche Lage und Zukunft jeweils zu rosig ein.

Der Arbeitskreis nennt uns deshalb seit fünf Jahren Daten, die dann in den öffentlichen Kassen überhaupt nicht eintreffen. Deswegen sind wir GRÜNEN auch skeptisch, Herr Finanzminister, ob wir überhaupt mit den 4,1 % Mehreinnahmen rechnen dürfen, die uns angekündigt wurden.

Für die Haushaltsjahre 1996 bis 1999 - also für das, was Rot-Grün gemeinsam zu verantworten hat - liegt der Unterschied zwischen den Voraussagen des Arbeitskreises Steuerschätzung und dem, was tatsächlich hereingekommen ist, bei 36 Milliarden DM. Das sind 36 Milliarden DM, die der Landesregierung sozusagen versprochen wurden, die dann aber nicht eintrafen. Wenn man diese 36 Milliarden DM einmal rechnerisch über diese vier Jahre verteilt, sind das in jedem Jahr 9 Milliarden DM.

(D)

Es sind 9 Milliarden DM weniger für die Bekämpfung der Massenerwerbslosigkeit und für die Sicherung sozialer Standards in diesem Lande. Es sind 9 Milliarden DM weniger, die wir für Kinder und Jugendliche, Schülerinnen und Schüler, Studierende, Familien und Frauen, Behinderte und alte Menschen haben. Das Geld fehlt für den ökologischen Umbau und für eine umweltverträglichere Verkehrspolitik, für die Sicherung und Entfaltung der kulturellen Vielfalt in den Regionen unseres Landes. Es fehlt für den Aufbau und die Erhaltung einer multikulturellen Gesellschaft, in der Toleranz und Respekt vor Andersdenkenden und Anderslebenden dominieren.

(Dr. Stefan Bajohr [GRÜNE])

- (A) Aber diesem Weniger bei den Einnahmen tritt eben kein Weniger bei den Ausgaben zur Seite. Im Gegenteil: Allein für das kommende Jahr steigen bestimmte Ausgabepositionen, ohne daß das Land in irgendeiner Weise Einfluß darauf nehmen und diesen Prozeß abbremsen könnte.

Da sind beispielsweise 145 Millionen DM mehr nach dem Regionalisierungsgesetz für den Schienenverkehr. Es sind 56 Millionen DM mehr für die Fehlbelegerabgabe. Es sind 50 Millionen DM mehr für das Wohngeld. Es sind 47 Millionen DM mehr für die Förderung von Ersatzschulen. Es sind 24 Millionen DM mehr für den Maßregelvollzug und 13 Millionen DM mehr für die Steinkohleförderung. Ich will zum Länderfinanzausgleich, der auch wiederum steigen wird, an dieser Stelle nichts sagen; dies ist bereits ausführlich vom Kollegen Walsken dargestellt worden.

Besorgniserregend ist, daß die Zinsausgaben abermals steigen: im kommenden Jahr um 344 Millionen DM oder um 4,1 %. Ich werde darauf im Zusammenhang mit der Schuldenentwicklung zurückkommen.

Hauptgrund für die Finanzkrise ist die verantwortungslose Steuerpolitik, die in Bonn betrieben wird.

- (B) (Zuruf von der CDU)

- Ja, ich weiß, Sie regen sich immer auf, wenn die Sprache auf Bonn kommt. Aber wir sind hier genau an der richtigen Stelle. In Bonn liegen die Ursachen für unsere Nöte, und deshalb müssen diese Ursachen auch heute benannt werden - ob Ihnen das paßt oder nicht.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Nach 16 Jahren Kohl-Regierung, meine Damen und Herren von der CDU, herrscht in der Bundesrepublik ein unübersehbares Finanzchaos.

(Lachen des Helmut Diegel [CDU])

Anstatt bestehende Steuerquellen zu stabilisieren und neue Steuerquellen zu erschließen, haben Helmut Kohl und seine diversen Finanzminister genau den umgekehrten Weg eingeschlagen. Ihre Devise lautet: Je weniger Steuerarten es gibt und je niedriger die Steuersätze sind, desto mehr Steuern kommen herein. Und getreu dieser hanebüchener Gleichung betreiben sie eine Steuerstreichungs- und Steuersenkungspolitik,

die die Reichen reicher, die Armen ärmer und den Staat schier handlungsunfähig macht. (C)

(Beifall bei den GRÜNEN - Roland Appel [GRÜNE]: So ist es!)

Um die Unternehmen und die Superreichen im Land von einer angeblichen Steuerbürde zu befreien, hat die jetzt endlich abtretende Bundesregierung die Höchstsätze in der Einkommen- und in der Körperschaftsteuer gesenkt.

(Helmut Diegel [CDU]: Mit Herrn Schleußer!)

Sie hat die Vermögensteuer und die Gewerbesteuer abgeschafft. Und Sie hat den Solidaritätszuschlag für Ostdeutschland gekürzt.

Die Folge dieser Politik sind gravierende Steuereintrübe. Allein der Fortfall der Vermögensteuer entlastet Nordrhein-Westfalens Millionäre in diesem Jahr um rund 2,4 Milliarden DM.

Während ihrer fast 16jährigen Amtszeit hat diese Bundesregierung überdies Schlupflöcher ins Steuerrecht gebohrt, die mit vernünftigen Kategorien überhaupt nicht mehr zu begreifen sind. Übrigens: Selbst der CDU-Finanzminister von Sachsen, Herr Milbradt, hält die Sonderabschreibungen Ost, wie er sagte, im wesentlichen für eine Vermögensbildung West. Und wer so viel Geld übrig hat, daß er es hergeben kann, damit sich irgendeine ausländische Luftverkehrsgesellschaft ein neues Flugzeug kaufen kann, der wird hierzulande mit Steuernachlässen belohnt. Wer so viel Geld übrig hat, daß er es hergeben kann, damit er sich am Containerschiffsbau in Südkorea beteiligen kann, der muß in Deutschland weniger Steuern zahlen. (D)

(Zuruf des Lothar Hegemann [CDU])

- Herr Kollege, fragen Sie sich doch mal, ob diese Bundesregierung noch recht bei Trost ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

12 % der Kinder in Westdeutschland leben in Armut. Das ist das Ergebnis einer Studie, die lange geheimgehalten wurde und die Frau Nolte erst unter öffentlichem Druck herausgegeben hat. Aber anstatt für diese Kinder Geld zu haben, damit in das Leben dieser Kinder Freude und Zuversicht kommen, verschenkt die Bundesregierung Geld, das dem Staat zusteht, an gerissene und gewissenlose Spekulanten. Das ist das Ergebnis Ihrer Politik.

(Dr. Stefan Bajohr [GRÜNE])

(A) Ein anderes Ergebnis, von dem Sie immer sprechen: Arbeitsplätze! - Arbeitsplätze hat diese Politik nicht gebracht. Seit 1990 ist im Gegenteil die Zahl sozialversicherungspflichtig beschäftigter Frauen und Männer in Nordrhein-Westfalen um 200 000 gesunken. Über 4 Millionen registrierte Erwerbslose haben wir, dazu noch einmal rund drei Millionen in der "stillen Reserve". Meine Damen und Herren, das sind 7 Millionen Menschen, die vergeblich nach einer Arbeitsstelle suchen. Das ist nicht bloß eine schreiende Ungerechtigkeit. Das ist nicht bloß ein gesellschaftspolitischer Skandal. Es ist auch eine finanzpolitische Katastrophe. Es sind 7 Millionen Menschen, die keine Lohnsteuer zahlen. Dies reißt natürlich milliarden-schwere Einnahmelöcher in die öffentlichen Haushalte.

Dazu kommt: Arbeitslosigkeit verursacht immense Kosten, nicht nur beim Bund und nicht nur bei der Bundesanstalt für Arbeit. Da sind für uns im Land erstens die Kosten für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen zur Wiedereingliederung Erwerbsloser ins Berufsleben. Das Land Nordrhein-Westfalen wird im kommenden Jahr dafür 770 Millionen DM aufwenden. Da sind zweitens die Kosten für die sozialen Folgeprobleme von Arbeitslosigkeit, also zum Beispiel für die Schuldnerberatung, für die gesundheitliche Fürsorge, für Hilfen für Wohnungslose. Auch hier wird das Land Mittel aufwenden, um die Probleme zu mindern.

(B) Drittens sind da schließlich die Aufwendungen der Gemeinden für die Sozialhilfe. 1996 - das sind die neuesten Daten, die vorliegen - kostete die Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen allein in Nordrhein-Westfalen 4,3 Milliarden DM. Solche Riesenbeträge schwächen die Gemeindehaushalte und verstärken ihre Abhängigkeit von den Zuweisungen des Landes. Also: Weniger Einnahmen bei höheren Kosten - das ist die Bilanz der von Bonn verschuldeten Massen-erwerbslosigkeit, Kollege Diegel.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein weiterer Grund für die immensen Einnahmeausfälle bei den öffentlichen Haushalten ist die Steuerhinterziehung.

(Helmut Diegel [CDU]: Das ist auch die Bundesregierung? Das sind wir auch! Das ist lächerlich!)

- Hören Sie es sich einfach an. Obwohl die Unternehmensbesteuerung nach Berechnungen der

OECD und auch nach Berechnungen von Eurostat in Deutschland im internationalen Vergleich überaus niedrig ist, obwohl sie beispielsweise geringer ist als in den Vereinigten Staaten, nutzen Hunderte von Steuerpflichtigen die Möglichkeiten deregulierter Kapitalmärkte zur Flucht in Steueroasen wie Luxemburg oder Liechtenstein. (C)

Und dabei, Kollege Diegel, macht es ihnen die Bundesregierung auch denkbar leicht. Das ist auch gar kein Wunder: Schließlich unterhält der Bundeskanzler höchstselbst freundschaftliche Kontakte zu einem der Hauptdrahtzieher für internationale Steuerflucht mit Sitz in Liechtenstein

(Herbert Reul [CDU]: Ganz vorsichtig!)

- das wissen Sie auch -, dem Herrn Prof. Herbert Batliner. Wer mit solchen Menschen befreundet ist, der sorgt auch dafür, daß es in der Bundesrepublik Deutschland keine Quellenbesteuerung von Zinserträgen gibt, der sorgt dafür, daß es keinen ernsthaften Versuch zur Steuerharmonisierung in der Europäischen Union gibt. Deshalb gibt es auch in internationalen Doppelbesteuerungsabkommen keine Kontrollmitteilungen.

Die Deutsche Steuergewerkschaft schätzt den Verlust durch Steuerhinterziehung für den Fiskus allein in Nordrhein-Westfalen auf 27 Milliarden DM. 27 Milliarden DM, das ist das Doppelte dessen, was das Land im kommenden Jahr den Gemeinden im Rahmen des Steuerverbundes zukommen lassen kann. Das ist ein Betrag, der uns fehlt. Es wäre dringend notwendig, ihn jedenfalls zu großen Teilen hereinzuholen. (D)

Es ist einiges geschehen. Nordrhein-Westfalen ist inzwischen, was die Steuerfahndung angeht, personell im Ländervergleich am besten ausgestattet. Das ist auch ein Ergebnis rot-grüner Kooperationszusammenarbeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Im übrigen: Wir GRÜNE rufen nicht nach einem Staat, in dem hinter jedem Steuerpflichtigen ein Finanzbeamter steht. Aber wir verlangen, daß diejenigen, die in der Bundesrepublik und in Nordrhein-Westfalen gute Geschäfte machen und die die öffentlichen Dienstleistungs-, Kultur- und Infrastrukturangebote hierzulande nutzen, alle Steuern entrichten, die ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit entsprechen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren von der CDU! Vor 16 Jahren hat der Bundeskanzler etwas durchaus

(Dr. Stefan Bajohr [GRÜNE])

- (A) Kluges von sich gegeben. In seiner Regierungserklärung vom 13. Oktober 1982 hat Helmut Kohl gesagt, - ich zitiere - eine neue Bundesregierung sei "notwendig geworden, weil sich die alte ... als unfähig erwies, ... die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, das Netz sozialer Sicherheit zu gewährleisten und die zerrütteten Staatsfinanzen wieder in Ordnung zu bringen".

Das ist Klartext. Das ist eine prägnante und schlüssige Begründung dafür, wann und warum eine Regierung abtreten muß. Wir verlangen als GRÜNE gar nicht viel, meine Damen und Herren. Wir verlangen nur, daß der Herr Bundeskanzler sich selbst ernst nimmt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Regierung Kohl hat bei der Bewältigung der Erwerbslosigkeit versagt. Die Regierung Kohl hat das Netz sozialer Sicherheit zerrissen und mit einer Rekordverschuldung von 2,2 Billionen DM - das ist eine Zahl mit zwölf Nullen! - die Staatsfinanzen an den Abgrund getrieben.

Nehmen wir doch Herrn Dr. Kohl beim Wort: Die Bundesregierung muß gehen, damit das Land wieder in Ordnung kommt.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

- (B) Die Finanzkrise zwingt die Landesregierung, im Haushalt 1999 gravierende Sparmaßnahmen vorzunehmen. Allein das Haushaltssicherungsgesetz kürzt die Ausgaben um rund 800 Millionen DM. Dazu gehört auch, daß die Gemeinden mit 325 Millionen DM belastet werden, indem ihnen ein Teil der Kosten aufgebürdet wird, die aus dem Flüchtlingsaufnahmegesetz entstehen.

Das Haushaltssicherungsgesetz sieht außerdem vor, daß die Kommunen an den Einnahmen und Ausgaben des Unterhaltsvorschußgesetzes beteiligt werden. Das ist ein Schritt, den wir GRÜNE seit langem gefordert hatten. Viel zu viele Väter drücken sich seit langem zu Lasten der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler vor ihren Unterhaltspflichten, ohne je dafür belangt zu werden. Das liegt auch daran, daß sich Städte und Gemeinden kaum dafür interessieren, das Geld von den zahlungsunwilligen Vätern hereinzuholen. Denn schließlich ist es ja nicht ihr Geld, sondern das von Bund und Land, dem sie nachjagen sollen.

(Albert Leifert [CDU]: Ganz billige Verleumdung!)

Herr Kollege Leifert, mit der Kostenbeteiligung der Kommunen wird deren finanzielles Eigeninter-

esse nun so stimuliert, daß wir uns dadurch eine bessere Rückholquote erhoffen. Für das Land ergibt sich daraus eine Einsparung von 75,5 Millionen DM. (C)

Aber wer Sparpolitik betreibt, muß das an der richtigen Stelle tun. Wir GRÜNE haben jedenfalls gewisse Zweifel, ob die Landesregierung diesen Grundsatz berücksichtigt hat, als sie die Mittel zur Bekämpfung der Erwerbslosigkeit kürzte. Wenn statt der üblichen 3 300 Neubewilligungen im Rahmen des Programms "Arbeit statt Sozialhilfe" nur noch die Hälfte aus Landesmitteln gefördert werden soll, dann hat das schließlich Konsequenzen. Es hat Konsequenzen für die Langzeiterwerbslosen, und es hat Konsequenzen für die Kommunen.

Auch für die sozialen Wirtschaftsbetriebe sieht die Landesregierung Einschnitte vor. Die sozialen Wirtschaftsbetriebe dienen aber der Wiedereingliederung von Langzeitarbeitslosen, und sie haben sich hervorragend bewährt. Seit dem Start des Programms wurden 22 Betriebe mit 163 Arbeitsplätzen gegründet.

Es ist zwar kein Ausgleich, aber es ist dennoch ein kleiner Lichtblick: Die Mittel für die Integration junger Arbeitsloser in die Arbeitswelt werden mit plus 22 Millionen DM mehr als verdoppelt. Allerdings ist das auch bitter nötig. Denn der sogenannte Ausbildungskonsens funktioniert nicht. Zu Beginn des Ausbildungsjahres 1998 zählen die Arbeitsämter in Nordrhein-Westfalen 22 500 unversorgte Bewerberinnen und Bewerber. Von den Unternehmen werden nur 12 717 Ausbildungsplätze angeboten. Da klafft eine Lücke, die per Sonderbus nicht zu schließen ist. (D)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir GRÜNEN halten deshalb fest an dem Landtagsbeschluß vom 14. September 1995, mit dem die Landesregierung aufgefordert wird, im Bundesrat die Initiative zu einer Umlagefinanzierung der Berufsausbildung zu ergreifen.

Meine Damen und Herren von der SPD! Es ist höchste Zeit, hier eine Änderung herbeizuführen. Es geht nicht an, daß jedes Jahr der Beginn des Ausbildungsjahres einfach bis in den Dezember hinein verlängert wird, um die Zahlen zu schönen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir GRÜNEN wollen neue Arbeitsgelegenheiten schaffen und gleichzeitig die Umwelt entlasten. Deshalb hat die Landesregierung das Zukunfts-

(Dr. Stefan Bajohr [GRÜNE])

- (A) investitionsprogramm "Arbeit und Umwelt" aufgelegt, das weiterhin Bestand hat. Ein Beispiel dafür ist das bundesweit einzigartige Energiesparprogramm des Bauministers. Mit einer Förder-summe von 250 Millionen DM werden Gesamtinvestitionen von 1 Milliarde DM ausgelöst.

(Walter Grevener [SPD]: Und fließen sie auch ab?)

- Herr Kollege Grevener, sie fließen ab; dafür sorgt der Bauminister selbst.

Auch das vom Umweltministerium aufgelegte Initiativprogramm zur ökologischen und nachhaltigen Wasserwirtschaft verbindet Umweltschutz mit Arbeitsplätzen. Es ist mit 255 Millionen DM ausgestattet, die aus der Abwasserabgabe stammen, und es wird vorsorgende ökologische Investitionen im Umfang von 1 Milliarde DM anreizen.

Mit beiden Programmen schaffen und sichern wir Arbeitsplätze in der heimischen Wirtschaft, vor allen Dingen im Handwerk.

Nicht zufrieden sind wir hingegen mit der finanziellen Ausstattung des Programms "Regenerative Energienutzung". 1996 waren dafür noch 110 Millionen DM etatisiert. Im Haushaltsentwurf sind nur noch 93 Millionen dafür vorgesehen. Es ist richtig, daß in schwierigen Zeiten alle Ausgaben auf den Prüfstand gehören, daß es keine Tabus geben darf. Ebenso richtig ist aber auch, daß die Politik an Glaubwürdigkeit verliert, wenn sie zentrale Elemente ihres Reformprogramms kippt. Deshalb werden wir an diesem Punkt mit Sicherheit Nachbesserungen verlangen.

- (B) 3,2 Milliarden DM fließen in den öffentlichen Personennahverkehr und in den Schienenverkehr. Damit wird der öffentliche Verkehr noch attraktiver. Wir hoffen, daß er auch von mehr Menschen benutzt wird. Das gilt auch und gerade für die Beschäftigten des Landes hier in Nordrhein-Westfalen.

(Zuruf des Heinz Hardt [CDU])

- Ja, es ist völlig richtig, Kollege Hardt: Wir möchten, daß die Beschäftigten des Landes, wenn es denn möglich ist, mit dem öffentlichen Personennahverkehr zum Dienst kommen und vom Dienst fahren.

(Zuruf des Heinz Hardt [CDU])

Das ist eine deutliche Entlastung der Umwelt, und das ist nötig.

Um den öffentlichen Personennahverkehr zu verbessern, ihn zu attraktivieren, werden im kommenden Jahr 3,2 Milliarden DM in den ÖPNV hineingehen. Und es wird versucht, Güterverkehr vom Lkw auf die Schiene zu verlagern. Deshalb fördert Nordrhein-Westfalen nichtbundeseigene Eisenbahnen, Güterverkehrskonzepte und Güterverkehrszentren.

(C)

Mit einer finanziell nicht gekürzten "Landesinitiative Bahntechnik" wollen wir Nordrhein-Westfalen zum führenden Anbieter modernster Schienenverkehrstechnologie machen.

Für den Straßenbau gilt der Grundsatz: Erhaltung geht vor Neubau. Deshalb sinkt der Neubauetat von zuletzt 130 Millionen DM auf 100 Millionen DM. Aber, Herr Finanzminister, wir müssen uns da auch noch einmal die Verpflichtungsermächtigungen ansehen. Es könnte sein, daß sie überbelegt sind. Das ist sicher ein Thema, mit dem wir uns für den gesamten Haushalt befassen müssen.

(Zuruf des Heinz Hardt [CDU])

Es kann natürlich nicht richtig sein, daß Verpflichtungsermächtigungen Haushaltsansätze der Landesregierung konterkarieren.

Wir sind uns mit Ihnen völlig einig, daß die private Vorfinanzierung von Straßen nicht in Frage kommt.

(D)

(Zuruf des Heinz Hardt [CDU])

- Herr Kollege Hardt, was hat Ihr Herr Diegel gesagt? Seriöse Finanzpolitik hat er immer wieder gefordert. Gerade unter dem Gesichtspunkt einer seriösen Haushaltspolitik bedeutet private Vorfinanzierung den weiteren Marsch in den Verschuldungsstaat. Das ist das Unseriöseste, was man überhaupt tun kann.

(Zuruf des Heinz Hardt [CDU])

Es ist ein Irrweg, der in die Staatsüberschuldung führt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Hochschulen bilden einen Schwerpunkt der Politik des Landes. Deshalb bilden sie auch einen Finanzierungsschwerpunkt. Um das "Innovationsprogramm Forschung", das mit 34 Millionen DM ausgestattet ist, mußte der Rotstift einen großen Bogen machen. Das gilt auch für die Absicherung von Existenzgründungen im Hochschulbereich. Dafür stehen wie in diesem Jahr 4,7 Millionen DM zur Verfügung. In den Haushaltsberatun-

(Dr. Stefan Bajohr [GRÜNE])

- (A) gen wird noch darüber zu sprechen sein, ob es bei der vorgesehenen Reduzierung für die Nachwuchsförderung im Hochschulbereich bleiben kann.

Aber was die Weiterbildung anbetrifft, können die Betroffenen und die daran Interessierten aufatmen. Die Weiterbildung wird im Gegensatz zu manchen Befürchtungen, die in der Öffentlichkeit umliefen, nicht gekürzt, sondern auf hohem Niveau weitergeführt.

Auch im Bereich der Frauenpolitik, wo es hier und da einige Einsparungen gibt, ist es möglich gewesen, viele Positionen zu überrollen, zum Beispiel bei den Frauenhäusern, bei Fraueninitiativen, die gegen sexualisierte Gewalt kämpfen, bei Zufluchtwohnungen für die Opfer von Frauenhändlern, bei den Maßnahmen zum Thema Gewalt gegen Frauen und sexueller Mißbrauch von Kindern, bei den Maßnahmen für Frauen und Mädchen mit Behinderungen und bei den Regionalstellen "Frau und Beruf".

(Beifall bei den GRÜNEN)

Unter den obwaltenden Bedingungen halten wir GRÜNEN dies zunächst für einen beachtlichen Erfolg.

- (B) Auch die Maßnahmen zur Bekämpfung der Suchtgefahren bleiben ungeschmälert.

Die Hilfen für Wohnungslose werden in gleichem Umfang fortgeführt wie in diesem Jahr.

Der Landesjugendplan - Kollege Diegel, damit keine falschen Zahlen im Raum stehen bleiben - ist wie in diesem Jahr mit rund 200 Millionen DM ausgestattet, weil nur so die von der Koalition gewollte Weiterentwicklung der Jugendarbeit durchgeführt werden kann.

(Zuruf des Helmut Diegel [CDU])

Auch die Gesundheitshilfe für Behinderte, für Frauen und Kinder sowie die Frühförderung behinderter Kinder sind von Kürzungen nicht betroffen.

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Seit Jahren notleidend!)

Dennoch sieht der Haushaltsentwurf schmerzliche Einschnitte vor, zum Beispiel bei der Aids-Hilfe, bei den Hilfen für pflegebedürftige Menschen, bei der sozialen Betreuung und Beratung von Flüchtlingen, beim Härtefonds für Opfer nationalsozialistischer Verbrechen und bei der Ver-

sorgung im Rahmen der ambulanten und komplementären Psychiatrie. (C)

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Also hat Herr Diegel doch recht gehabt!)

Das sehen wir kritisch. Aber wenn uns die Mittel nicht zur Verfügung stehen, sie durch die Bonner Politik verweigert werden, werden wir an bestimmten Kürzungen, die uns wehtun, nicht vorbeikommen. Denn unsere Situation gleicht der eines Schläfers mit zu kurzer Decke. Was er auch unternimmt, immer kommt von irgendwo die Kälte herein. Er zieht die Bettdecke an, weil er obenherum friert; dann friert er unten, und er zieht die Füße an. Aber es bleibt kalt. Am nächsten Morgen wacht er dann auf wie gerädert. Wer in Nordrhein-Westfalen unter den gegenwärtigen Bedingungen Haushaltspolitik betreibt, fühlt sich ein bißchen wie der Mensch mit der zu kurzen Decke.

Weil diese Decke zu kurz ist, mußten in den vergangenen Jahrzehnten Milliarden von Schulden aufgenommen werden. Inzwischen hat sich ein Schuldenberg von 140 Milliarden DM aufgetürmt.

140 Milliarden DM Schulden, das sind 48 Milliarden DM mehr als das Haushaltsvolumen von 1999. Dafür müssen allein im kommenden Jahr 8,6 Milliarden DM an Zinsen gezahlt werden. Die geplante Nettokreditaufnahme von 7,2 Milliarden DM fließt also rein rechnerisch vollständig in den Schuldendienst. (D)

Und es reicht nicht einmal aus. Damit wir die Verpflichtungen aus früher aufgenommenen Krediten erfüllen können, müssen wir jetzt kostbare Steuermittel einsetzen, die uns an anderer Stelle - ich habe gerade geschildert, wo - so bitter fehlen.

Deswegen muß ganz klar und für alle verständlich gesagt werden: Aus den Steuereinnahmen von heute und morgen könnten wir mehr Leistungen erbringen, wenn wir den Zinsendienst nicht hätten. Wir können weniger Leistungen erbringen, weil wir diesen Zinsendienst auf dem Buckel haben. Und das sind weniger Leistungen, als wenn das Land von vornherein auf Kredite verzichtet hätte.

Wegen der Schuldenfrage hatten wir GRÜNEN bei den Koalitionsverhandlungen darauf gedrängt, die Nettoneuverschuldung kontinuierlich abzubauen

(Helmut Diegel [CDU]: Und was passiert?)

und im Jahre 2000 nur noch 1 Milliarde DM an neuen Schulden aufzunehmen. - Längerfristig,

(Dr. Stefan Bajohr [GRÜNE])

- (A) Herr Kollege Diegel, hätten wir das vielleicht sogar geschafft. Vielleicht hätten wir es sogar geschafft, einen Haushalt ohne Neuverschuldung aufzustellen,

(Beifall des Ewald Groth [GRÜNE])

um dann endlich an den Abbau des Schuldenberges heranzugehen. Wir wollten ja für das kommende Jahr mit 2,7 Milliarden DM neuen Schulden auskommen. Jetzt werden es eben 4,5 Milliarden mehr als 1995 geplant.

Nur: Die Gründe dafür, daß dies so ist, liegen in dem erdrutschartigen Einbruch der Steuereinnahmen. Und dafür ist nicht die Landesregierung, dafür ist nicht Rot-Grün in Düsseldorf verantwortlich, sondern die Gründe dafür liegen in Bonn bei der Steuersenkungs- und Steuerstreichungspolitik,

(Beifall bei den GRÜNEN)

die Sie von Ihren Freunden in Bonn betreiben lassen. Das ist der Grund! Wir wollen in einer Bundesregierung dafür sorgen, daß es zu einer Finanzstabilisierung kommt, zu einer Situation, in der wirklich nur noch in Ausnahmefällen neue Schulden aufgenommen werden müssen.

- (B) Meine Damen und Herren, es gibt einen engen Zusammenhang zwischen Verschuldung und Personalkosten. Das betrifft vor allem die Versorgungsleistungen für Richterinnen und Richter, Beamtinnen und Beamte sowie für deren Angehörige und Hinterbliebene. Der Lebensunterhalt dieser Menschen wird ja nicht aus Beitragszahlungen finanziert, sondern aus einem einmal gegebenen Versprechen. Finanzpolitisch sind Versprechen natürlich keine besonders solide Grundlage.

Die Zahl der Versorgungsempfänger/innen in Nordrhein-Westfalen wird in den nächsten 15 Jahren von heute 113 000 auf dann 194 000 steigen. Die Kosten für die Versorgung dieser Menschen werden bis zum Jahre 2013 um 167 % zunehmen. Daran ist kaum etwas zu ändern, weil es sich um Verpflichtungen handelt, die das Land bereits eingegangen ist.

Deshalb haben wir, um die Versorgungsausgaben in den Griff zu bekommen, im Sommer 1995 mit dem Koalitionspartner vereinbart, Verbeamtungen künftig auf einen ganz engen Kreis von Beamtinnen und Beamten zu beschränken, die tatsächlich mit hoheitlichen Aufgaben befaßt sind. In allen anderen Tätigkeitsfeldern sollten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beschäftigt werden. Die

beiden grünen Ressorts, also Umwelt und Bauen, halten sich strikt an diese Vereinbarung. (C)

(Beifall der Alexandra Landsberg [GRÜNE])

Die übrigen Geschäftsbereiche verbeamten allerdings munter weiter. Ein solches zweigleisiges Vorgehen halten wir GRÜNE unter dem Gesichtspunkt von Gleichbehandlung und Gerechtigkeit nicht für tragfähig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Im Personalhaushalt will die Landesregierung rund 363 Millionen DM einsparen. Der Finanzminister hat in seiner Einbringungsrede deutlich gemacht, wie dies geschehen soll. Dadurch kann der Anteil der Personalausgaben an den Gesamtausgaben unter 40 % gehalten werden, Herr Kollege Diegel. Das ist weniger als in Bayern, und es ist weniger als in Baden-Württemberg. Wenn Sie da etwas anderes behaupten, arbeiten Sie mit falschen Zahlen; es tut mir leid.

Die Einhaltung dieser Zielmarke, die wieder erreicht worden ist, löst allerdings ein Dilemma aus. Dieses Dilemma besteht darin, daß die Personalausgaben in wachsendem Maße auf die pensionierten Kräfte und in sinkendem Maße auf die aktive Belegschaft entfallen. Anders ausgedrückt: Die Begrenzung des Personalkostenanteils zwingt zum Abbau des Personals, das aktiv Dienst tut. (D)

Wer ist dieses aktive Personal? - Zur Hauptsache daran beteiligt sind die Lehrerinnen und Lehrer - das sind rund 135 000 Stellen, auf denen tatsächlich Unterricht erteilt wird -, die Polizei mit 42 000 Stellen, das Lehrpersonal an den Hochschulen mit 21 500 Stellen, die Gerichte, die Staatsanwaltschaften und der Justizvollzug mit zusammen 35 000 Stellen und die Finanzverwaltung mit 28 000 Stellen. Diese fünf Aufgabenbereiche machen 76 % der Stellen und Planstellen des Landes aus.

In allen diesen fünf Aufgabenbereichen gibt es zusätzlichen Bedarf: bei den Schulen im Umfang von 9 000 Stellen. An den Hochschulen haben die Studierenden selbst ihren Protest gegen die Massenabfertigung lautstark vorgetragen. An den Gerichten fehlen rund 1 700 Stellen. Und lassen Sie uns einen Blick auf die Knäste werfen. Dort ist ja jetzt geplant, die Überbelegung unter anderem im Wege einer Teilprivatisierung zu bewältigen. Einem solchen Schritt steht die Finanznot auf der Stirn geschrieben. Oder die Polizei: Sicherheit kommt nicht aus den Computern. Der Schutz der Bevölkerung wird mit Personal produ-

(Dr. Stefan Bajohr [GRÜNE])

(A) ziert. Und schließlich die Finanzbehörden: Zwar sind die Steuerfahndungsstellen - ich habe es gerade gesagt - inzwischen gut bestückt. Jetzt herrscht dafür im Innendienst ein Mangel an Personal.

(Zuruf des Ministers Heinz Schlußer)

- Meine ich und meinen die Vertreter der Arbeitnehmer in Ihrem Bereich, Herr Finanzminister. - Die Landesregierung in Nordrhein-Westfalen hat sich trotzdem vorgenommen, bis zur nächsten Landtagswahl 22 000 kw-Vermerke zu realisieren. Um den Stellenabbau zu beschleunigen, sieht der Haushaltsentwurf vor, kw-Vermerke laufbahnspezifisch auszubringen. Das soll allein 1999 zu Einsparungen von 25 Millionen DM führen.

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose)

Meine Damen und Herren! Ein solcher Personalabbau steht in einem besorgniserregenden Widerspruch zur Massenerwerbslosigkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es ist sicher richtig, daß eine ganze Zahl von Stellen aufgelöst werden kann und muß. Viel zu oft verwaltet Verwaltung nur sich selbst, ohne dem Gemeinwesen einen echten Nutzen zu bringen. Viele Stellen werden auch nicht mehr gebraucht, weil die ihnen zugrunde liegenden Aufgaben entweder entfallen sind oder anders bewältigt werden können, beispielsweise durch EDV. Wir GRÜNEN wollen deshalb zügig eine durchgreifende Verwaltungsstrukturreform angehen. Ganze Verwaltungsebenen erscheinen uns entbehrlich.

(Klaus Matthiesen [SPD]: Welche?)

- Das wird im zuständigen Ausschuß diskutiert, Herr Matthiesen.

(Klaus Matthiesen [SPD]: Sagen Sie doch einmal ein Beispiel! - Beifall bei der CDU)

- Herr Matthiesen, das wollen wir nicht vorwegnehmen. Auch die Bündelung von Zuständigkeiten und die Übertragung von mehr Verantwortung auf die örtliche Ebene ermöglichen Personaleinsparungen.

Wer ja sagt zum Stellenabbau in der Verwaltung, der muß auch ja sagen zur angemessenen Stellenausstattung in den Bereichen, die notleidend sind. Wer in den Verwaltungen Stellen streicht, der muß bereit sein, neue Stellen an den Schulen,

Hochschulen, bei der Polizei und in der Justiz zu schaffen. (C)

(Zuruf von der CDU: Mit Pensionsanspruch!)

Daß bei Anwendung dieses Prinzips unter dem Strich allerdings 22 000 Stellen eingespart werden können, darf zumindest bezweifelt werden. Wir GRÜNEN veranstalten in wenigen Tagen eine Anhörung zum Thema Personalabbau im öffentlichen Dienst. Dort wollen wir mit den Gewerkschaften und dem Finanzministerium erörtern, welchen Bedarf es gibt, welches Abbauvolumen realistisch ist, welche Alternativen bestehen und wie sich das alles mit dem Ziel der Bekämpfung der Massenerwerbslosigkeit verträgt.

(Klaus Matthiesen [SPD]: Das ist eine Doppelstrategie! - Widerspruch bei den GRÜNEN)

- Wie Sie das nennen, ist mir egal; Hauptsache, wir haben dabei Erfolg.

Meine Damen und Herren, wir benötigen eine Stabilisierung der Staatsfinanzen. Dazu ist die Bundesregierung nicht in der Lage. Deshalb muß sie jetzt abtreten.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Damit die finanzielle Ausstattung von Bund, Ländern und Gemeinden wieder stimmt, müssen umfangreiche steuerrechtliche Reformen auf den Weg gebracht werden. (D)

Wir brauchen - erstens - eine Reform der Einkommen- und Körperschaftsteuer. Sie muß vor allem die kleinen Einkommen entlasten. Das heißt: Steuerfreiheit für Einkommen bis 15 000 DM pro Jahr und Person!

(Beifall bei den GRÜNEN - Laurenz Meyer [CDU]: Das hättet ihr alles längst schon machen können!)

Das bedeutet einen Eingangsteuersatz von 18,5 % statt derzeit 25,9 %. So hoch hat Ihre Bundesregierung den Steuersatz für die Menschen mit kleinen Einkommen getrieben. Bevor Helmut Kohl an die Regierung kam, war das anders.

Wir wollen ein Kindergeld einführen in Höhe von 300 DM monatlich, und zwar vom ersten Kind an.

(Beifall bei den GRÜNEN)

(Dr. Stefan Bajohr [GRÜNE])

- (A) Wir wollen eine volle Steuerbefreiung auf alle Vorsorgeaufwendungen - also auch für die Renten- und die Arbeitslosenversicherungsbeiträge, für die Unfallversicherung und die Krankenversicherung - einführen.

(Minister Heinz Schluesser: Meine Güte!)

Es ist aber kein Raum für Verzichtleistungen der öffentlichen Hand. Soll der Staat seine Aufgaben wahrnehmen - die Bundesregierung will das offensichtlich nicht, verspricht sie doch 30 Milliarden DM Steuernachlaß -, benötigt er dafür die entsprechenden Mittel. Deshalb muß die Entlastung bei den kleinen und mittleren Einkommen durch die Bezieher großer Einkünfte gegenfinanziert werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir wollen deshalb dem Treiben von Abschreibungskünstlern, Steuervermeidern und Steuerhinterziehern den Boden entziehen. Alle Einkunftsarten sollen gleich behandelt werden. Das gilt auch für Spekulationsgewinne aus Geschäften mit Immobilien, Aktien und Devisen.

- (B) Wir wollen die legalen und die illegalen Steuerverkürzungsmöglichkeiten durch eine Durchforstung des Dschungels der Steuerbegünstigungen und Abschreibungsmöglichkeiten, die geschaffen worden sind, reduzieren.

Wir brauchen - zweitens - eine Reform der Erbschaftsteuer und die Wiedereinführung der Vermögensteuer. Aus dem Mehraufkommen von Erbschaft- und Vermögensteuer wollen wir eine bedarfsorientierte soziale Grundsicherung einführen. Damit kann ein steuerfinanzierter Mindestsockel in der Arbeitslosen- und der Rentenversicherung geschaffen werden. Die Grundsicherung, die wir wollen, wird die Lebensbedingungen der Armutsbevölkerung deutlich verbessern.

Wir brauchen - drittens - eine ökologisch-soziale Steuerreform.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir wollen den Energieverbrauch belasten und den Faktor Arbeit entlasten.

(Klaus Matthiesen [SPD]: Wie hoch soll der Benzinpreis sein?)

- Beim Benzinpreis geschieht das auf zwei Wegen: Sie werden zunächst von der Kfz-Steuer

entlastet, so daß Sie in den ersten zwei Jahren gar keinen Erhöhungseffekt haben. (C)

(Zurufe)

- Wenn Sie abwarten, dann sage ich Ihnen das sogar noch. Warten Sie doch einmal ab!

Herr Kollege Matthiesen, viel wichtiger als der Benzinpreis ist doch, daß wir auf einem ersten Weg die Lohnnebenkosten senken. Lohnnebenkosten in Höhe von 42 % stellen mittlerweile eine unzumutbare Belastung für Arbeitgeber und Arbeitnehmer dar. Wir werden sie in einem Zehnjahreszeitraum um 6 Prozentpunkte senken. Das schafft netto mehr ins Portemonnaie der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, und es schafft Anreize für die Unternehmen, angesichts dieser gesunkenen Lohnnebenkosten diesen oder jenen, vielleicht sogar 100 Leute mehr einzustellen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Senkung der Lohnnebenkosten ist ein echter Anreiz zu Schaffung neuer Arbeitsplätze.

Als zweites wollen wir mit der Öko-Steuer den Weg eines steuerfinanzierten Investitionsprogramms für die ökologische Wende einschlagen. Mit der Steuerfinanzierung unterscheiden wir uns sehr deutlich von manchen anderen, die zwar von Investitionsprogrammen reden, aber Schuldenfinanzierung im Hinterkopf haben. (D)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Einnahmen aus der Öko-Steuer wollen wir verwenden, um beispielsweise den öffentlichen Nahverkehr auszubauen. Das schafft pralle Auftragsbücher bei der Stahlindustrie und den Waggonbauern, bei den Herstellern von Lokomotiven, Bahnen, Bussen usw. Auch werden Mittel aus der Öko-Steuer zur Anwendung neuer, regenerativer Energien führen. Das schafft Arbeit im Tiefbau, bei kleinen und mittleren Unternehmen und bei den Betreibern von Nah- und Fernwärmenetzen. Und mit dem Aufkommen aus der Öko-Steuer kann die Wärmedämmung in den Häusern verbessert werden, energiesparende Heizungsanlagen können in Altbauten installiert, neue Warmwassertechniken gefördert werden. Das bringt Aufträge und Arbeitsplätze für das heimische Handwerk.

(Klaus Matthiesen [SPD]: Wie hoch soll jetzt der Benzinpreis sein? - Heiterkeit)

(Dr. Stefan Bajohr [GRÜNE])

- (A) - Jetzt werde ich Sie überraschen: Er wird langsam einen Erhöhungspfad beschreiben von zunächst plus 50 Pfennig im ersten Jahr bei gleichzeitiger Streichung der Kfz-Steuer. Sie werden sehen, daß Sie damit billiger wegkommen. Später wird er auf 4 Mark 70 im zehnten Jahr steigen. Meinetwegen auch auf 5 Mark! Darauf kommt es aber gar nicht an. Denn, Herr Matthiesen, wenn Sie sich ein energiesparendes Auto kaufen, das nur noch 3 Liter verbraucht, wird Autofahren nicht teurer, sondern nur das Benzin. Das kann man anhand eines kleinen Beispiels vorrechnen.

Sie haben heute ein Neun-Liter-Auto bei einem Benzinpreis von 1,70 DM. 9 mal 1,70 DM sind bei 100 Kilometern, die Sie zurücklegen wollen, 15,30 DM. In zehn Jahren haben Sie das energiesparende Drei-Liter-Auto mit 5 DM Benzinpreis. 3 mal 5 sind 15. Sie sehen, Sie kommen bei dem Geschäft plus/minus Null heraus. Sie müssen sich nur ökologisch verhalten. Das ist der Punkt.

(Beifall bei den GRÜNEN - Heinz Hardt [CDU]: Sie müssen es noch einmal die Woche waschen!)

- Wie oft es gewaschen wird, ist mir egal. Deshalb, Kollege Matthiesen, ist es überhaupt nicht erstaunlich, daß sich jetzt 170 Unternehmen in der Bundesrepublik ausdrücklich für die ökologisch-soziale Steuerreform aussprechen.

(B) (Beifall bei den GRÜNEN - Klaus Matthiesen [SPD]: Aber nicht mit dem Benzinpreis, den Sie genannt haben! Das ist unglaublich!)

- Aber ja.

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Herr Kollege Dr. Bajohr, darf ich Sie unterbrechen? Wollen Sie zwei Zwischenfragen zulassen?

Dr. Stefan Bajohr (GRÜNE): Zwei? - Ich habe nur noch zwei Minuten Redezeit. Es tut mir leid, das geht jetzt leider nicht mehr. Die CDU ist zu spät aufgewacht. Aber wir können gern noch einmal über die CDU reden. Denn die stockkonservative Wirtschaftsvereinigung der CDU hat es noch nicht begriffen, daß moderne ---

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Erklären Sie doch mal, wer dann die Lohnnebenkosten übernimmt, wenn im Ergebnis kein Pfennig mehr dabei herauskommen soll? Sie wollen doch die Sozialversicherung damit finanzieren!)

- Das kann ich Ihnen gerne erklären. Hören Sie auf, ich habe die Frage verstanden. Wir haben heute beim Benzin einen Steueranteil von 1 DM bei 1,70 DM. 70 Pfennig sind der Mineralölpreis. Das sind bei 100 Kilometern bei neun Litern Verbrauch 9 DM für den Fiskus. Bei dem Fünfmarkpreis in zehn Jahren haben Sie - lassen wir den Mineralölpreis auf 1 DM steigen - einen Steueranteil von 4 DM. 3 mal 4 sind 12. Der Unterschied zwischen 9 und 12 ist 3. Dieser Unterschied ist das Aufkommen aus der ökologisch-sozialen Steuerreform. (C)

(Beifall bei den GRÜNEN - Hermann-Josef Arentz [CDU]: Dann zahlen wir ja mehr!)

- Sie müssen das nachrechnen. Wenn wir ein Konzept machen, machen wir ein gutes Konzept. Haben Sie das noch nicht begriffen? Es ist klar, Sie haben es nicht gemerkt. Aber diese 170 Unternehmer in der Bundesrepublik, die jetzt ausdrücklich für die ökologisch-soziale Steuerreform werben, haben es begriffen. Wenn Sie nicht in die Puschen kommen und merken, was der Gong geschlagen hat, dann tut mir das leid. Dann müssen Sie abtreten. Das ist genau der Punkt.

(Beifall bei den GRÜNEN - Lebhaftes Zurufe von der CDU)

- Ich kann nicht den Rechenunterricht der Schule nachholen. Wir müssen das jetzt so machen: Sie lesen meine Rede nach. (D)

(Unruhe - Glocke)

Dann werden Sie dies genau nachrechnen können. Ihre erstaunten Augen werden sehen, daß das, was wir vorgerechnet haben, richtig ist. Dann können Sie sich dem Ja zur ökologisch-sozialen Steuerreform gern anschließen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, es zeigt mir tatsächlich: Joseph Schumpeter, der österreichische Ökonom, hat vollkommen Recht. Er hat gesagt, manche Politiker sind wie schlechte Reiter. Sie sind so stark damit beschäftigt, sich im Sattel zu halten, daß sie gar nicht merken, daß sie in die falsche Richtung reiten.

(Beifall bei den GRÜNEN - Klaus Matthiesen [SPD]: Manche kommen gar nicht erst in den Sattel!)

Wir GRÜNEN, Kollege Matthiesen, werben dafür, in 18 Tagen den Politiker vom Sattel zu holen, der seit 16 Jahren in die falsche Richtung reitet.

(Beifall bei den GRÜNEN)

(Dr. Stefan Bajohr [GRÜNE])

- (A) Liebe Freunde von der CDU, es ist Zeit, daß Ihr Bundeskanzler sich an Berti Vogts ein Beispiel nimmt. Lassen Sie ihn doch ihm in den Ruhestand folgen. - Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Ich erteile Herrn Finanzminister Schlußer das Wort.

Heinz Schlußer, Finanzminister: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bin dem Kollegen Walsken für das dankbar, was er hier aus der Sicht der SPD-Fraktion gesagt hat, weil das meine Redezeit entscheidend verkürzen kann, da vieles gesagt worden ist.

(Heinz Hardt [CDU]: Aber nicht von allen!)

- Herr Kollege Hardt, wenn Sie das mit den Zahlen nicht hintereinander bekommen, wie der Kollege Diegel es ebenfalls versucht hat, ist das nicht mir anzulasten, sondern den Fehler müssen Sie bei sich suchen.

(Beifall bei der SPD)

- (B) Entscheidend ist, daß es wohl Übereinstimmendes zwischen den Koalitionsfraktionen gibt, denn ich kann sagen, das, was der Kollege Bajohr gesagt hat, ist sicherlich nicht mehr so zu charakterisieren, wie ich das noch vor einem Jahr gemacht habe, als ich sagte, es gibt auch ein paar Punkte, in denen ich mit dem Kollegen Bajohr übereinstimme.

(Beifall bei den GRÜNEN - Ewald Groth [GRÜNE]: Gute Entwicklung!)

Das ist ein wenig breiter geworden, das gebe ich zu. Allerdings, Herr Kollege Bajohr, fehlt noch immer ein ganzes Stück. Ich bin davon überzeugt, Sie kommen der Wirklichkeit auch noch ein Stückchen näher. Dann werden wir vielleicht auch dort zu übereinstimmenden Positionen kommen.

Wenn man über Umschichten des jetzt vorgeschlagenen Landeshaushalts nachdenkt, müßten sich eigentlich alle darüber klar sein, daß das in den Gebieten fällig wird, in denen man besondere Interessen hat. Man räubert nicht in anderen Gärten. Das ist ein altes Prinzip, das ich in der Finanzpolitik sehr früh gelernt habe. Das wird auch für den Haushalt 1999 so sein müssen. Ich bin jedenfalls sehr gern bereit, diesen schwierigen

Weg der Haushaltsplanberatung des Parlaments fachlich zu begleiten. Ich hoffe auf ein vernünftiges Ergebnis am 16. Dezember 1998. Das wird wohl so sein.

(C)

Was noch hinzukommt: Wenn am 27. September 1998 gewählt und ausgezählt ist und sich die neue Regierung bildet, werden wir über die große Steuerreform reden, vielleicht sogar über eine ökologische Steuerreform. Das geht nicht mit flottem Rechnen, sondern mit solidem Rechnen kommt man zu einem Ergebnis. Das muß auch so sein.

Lieber Herr Kollege Diegel, ich habe es nicht für möglich gehalten, daß man so weit von dieser Welt weg sein kann. Das muß ich jetzt wohl feststellen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

In Verantwortung erlebe ich Finanzpolitik schon gut zwei Jahrzehnte in diesem Landtag, als finanzpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion und als Finanzminister. Jetzt ist es immerhin schon mein elfter Haushalt, den ich hier komplett begleite. Ich habe in den vielen Jahren beobachten können, wie die Opposition agiert. Ich muß feststellen: Lernerfolge sind nicht sonderlich spürbar, unabhängig davon, welche Personen hier vorgetragen haben. Das hat vermutlich damit zu tun, daß es bei Ihnen ein gestörtes Verhältnis zu Zahlen gibt, wie ich gerade noch beim Kollegen Arentz feststellen mußte,

(D)

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Was?)

der nicht glaubte, daß die Zahl der Bürger in Nordrhein-Westfalen 22 % der Zahl der Bundesbürger ausmacht. Das haben Sie eben beim Kollegen Walsken bestritten.

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Nein, er hat 18 % gesagt! - Weitere Zurufe von der CDU)

Aber es ist so, und Sie werden das auch noch zur Kenntnis nehmen müssen. Das gleich gilt für Ihre Verdrehung der Arbeitslosenzahlen in der Sitzung am 2. September.

(Heinz Hardt [CDU]: Da waren Sie doch nicht anwesend!)

- Doch, ich habe sehr aufmerksam zugehört, was da an Zwischenrufen jeweils gekommen ist.

(Heinz Hardt [CDU]: Bei dem Punkt aber nicht!)

(Minister Heinz Schlußer)

- (A) Ich sage nur: Das ist nicht von dieser Welt. Das gilt auch, wenn Sie sagen, daß der Finanzminister den jetzigen Haushalt sozusagen ohnmächtig gewähren läßt. Ich kann Ihnen sagen: Das Verhältnis Finanzminister/Ministerpräsident war gut

(Helmut Diegel [CDU]: War gut!)

beim alten Ministerpräsidenten und ist ausgezeichnet beim neuen Ministerpräsidenten.

(Lachen bei der CDU)

Wir haben eine grundlegende Verständigung, Herr Kollege Diegel. Wir stimmen erstens darin überein, wie dieses Land nach vorn gebracht wird. Wir haben im Verhältnis Finanzminister zum Ministerpräsidenten zweitens einen sehr wichtigen Punkt: Ich mußte in der Vergangenheit nie davon ausgehen, daß im Kabinett der Ministerpräsident gegen den Finanzminister stimmt, und diese Sicherheit habe ich heute auch noch. Darum kann ich mich einem Bericht der "Aktuellen Stunde" anschließen, der geendet hat: Schlußer ist weder spar- noch amtsmüde, und das wird noch eine ganze Zeit so anhalten.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Zuruf des Helmut Diegel [CDU])

- (B) Meine Damen und Herren, was mir ein wenig leid tut, ist, daß Sie, Herr Diegel, in der Vermutung, damit sei parteipolitisches Kapital zu gewinnen, Nordrhein-Westfalen in den Keller reden. Die Zahlen, die Sie genannt haben, sind richtig; Sie haben sie meiner Rede entnommen. Daß ich mich über bestimmte Entwicklungen Sorge, ist völlig verständlich. Ich habe die Zahlen und Vergleiche hier im Plenum des Landtags offengelegt. Nur, ich sage auch: Sie werden mit diesen Reden Nordrhein-Westfalen nicht in den Keller bringen; denn Nordrhein-Westfalen ist ein finanzstarkes Land. 22 % der Bürger dieser Republik, Herr Kollege Arentz, bringen 28 % aller Steuereinnahmen auf. Das passiert hier in Nordrhein-Westfalen. Darum sind alle unsere Finanzdaten ausgezeichnet.

Natürlich sind die Schulden in Nordrhein-Westfalen mit 18 Millionen Einwohnern absolut gesehen ein wenig höher als die in Mecklenburg-Vorpommern mit 1,8 Millionen Einwohnern. Das ist nun einmal so.

(Helmut Diegel [CDU]: Dann sagen Sie doch etwas zur Pro-Kopf-Verschuldung!)

(C) Wenn man aber zu den Realitäten kommt, Herr Kollege Diegel, muß man sagen, daß wir bundesweit und europaweit Stabilitätskriterien gefunden haben, nach denen ein Land zu bewerten ist. Sehen Sie sich diese Zahlen einmal an. Nordrhein-Westfalen ist beim gesamten Schuldenstand, beginnend 1985/86, Jahr für Jahr immer deutlich besser als der Bund. Wir haben im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt keine solche Steigerung wie der Bund, sondern bleiben auf einem soliden Pfad. In fast acht Jahren ist kaum ein Unterschied festzustellen, von 15 auf 15,7 %, der Bund dagegen von 20 auf 24,7 %. Ähnliches gilt für die Nettokreditaufnahme: kein einziges Jahr, in dem Nordrhein-Westfalen schlechter ist als der Bund. Macht der Bund eine bessere Finanzpolitik und hat trotzdem schlechtere Zahlen?

Eine Ihrer Behauptungen lautet, die Last der Einheit liege beim Bund.

(Helmut Diegel [CDU]: Richtig!)

- Richtig ist das nicht; denn Sie vergessen einiges und nennen einiges nicht. Sie lassen aus, was Ihnen nicht in den Kram paßt.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

(D) Der Bund hat zwar einen höheren Aufwand, bekommt als einziger aber auch zusätzliche Mittel über den sogenannten Solidaritätszuschlag. Es hat lange Auseinandersetzungen zwischen den Koalitionspartnern im Bundeskabinett gegeben, weil die Absenkung des Solidaritätszuschlags sozusagen nur die Kassen des Bundes traf. Das heißt: Unstreitig zahlt der Bund mehr, aber er hat pro Jahr über 30 Milliarden DM Entlastungen durch den Steuerzahler erlebt. Das wird ignoriert, wenn vom größten Zahler der Einheitslasten geredet wird.

Wir in Nordrhein-Westfalen sind stolz darauf, daß wir die höchste Steuerfinanzierungsquote aller Länder haben. Kein Land hat eine Finanzierungsquote wie Nordrhein-Westfalen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Das ist eine gute Entwicklung, und auch Sie könnten einmal darstellen, daß das so ist. Trotz unserer Kreditaufnahme, trotz aller anderen Fragen: Nordrhein-Westfalen hat die höchste Steuerquote seiner Ausgaben.

(Zuruf des Helmut Diegel [CDU])

(Minister Heinz Schleußer)

- (A) Es ist gefragt worden, wo die Probleme liegen; denn die Finanzprobleme in Nordrhein-Westfalen sind nicht die Ausgaben, wie Sie es darstellen. Wir haben die niedrigsten Ausgaben pro Einwohner aller Länder.

(Helmut Diegel [CDU]: Wie bitte?)

Das bitte ich zur Kenntnis zu nehmen. Unser Problem sind die Einnahmen. Das ist dargelegt worden vom Kollegen Walsken, das ist dargelegt worden vom Kollegen Bajohr. Ich will gar nicht saldieren, was seit 1995 passiert ist. Allein 1999 werden wir gegenüber den Planungen vom Mai 1995 einen Steuerausfall von 10,5 Milliarden DM haben - nur in diesem einzigen Jahr. Nennen Sie mir eine politische Methode, mit der solche Verzerrungen aufgefangen werden können. Sagen Sie mir eine einzige! Ich sage: Die gibt es nicht.

(Helmut Diegel [CDU]: Die anderen Länder werden damit doch auch fertig!)

- Sehen Sie sich die Entwicklung und die Verschuldung der anderen Länder an. Ich bin bereit, Ihnen alle Unterlagen zu den Ländervergleichen zur Verfügung zu stellen. Nennen Sie mir ein Land, das in der Entwicklung besser steht.

- (B) (Zuruf von der CDU: Niedersachsen! - Heiterkeit bei der CDU)

- Bayern könnten Sie nennen, weil da - das muß man zugeben - sehr mäßig von der Kreditaufnahme in den 70er und 80er Jahren Gebrauch gemacht wurde. Das wäre in Nordrhein-Westfalen allerdings auch gelungen, Herr Kollege Leifert, wenn wir den Verbundsatz damals nicht bei 28 %, sondern wie in Bayern bei 11,5 % gehabt hätten.

(Beifall bei der SPD - Klaus Matthiesen [SPD]: Sehr richtig!)

Dann hätten wir auch eine Verschuldung, die ähnlich der von Bayern wäre. Unsere Mittel haben wir solidarisch mit den Gemeinden geteilt und werden dafür von Herrn Diegel und anderen beschimpft.

Was mich besonders ärgert, ist das dumme Gerede von der Blockadepolitik der SPD-Länder bei der Steuerreform im Bundesrat. Ich sage Ihnen: Es hat intensive Gespräche gegeben, es gab Übereinstimmung in einer Reihe von Punkten - ich nenne die Steuersubventionen -, aber nicht in allen. Es kam nie eine Mehrheit im Bundestag

zustande, den Unsinn, den es heute noch im Steuerrecht bezüglich der Steuersubventionen gibt, aufzuheben und dafür zu sorgen, daß nicht bei jedem Jahressteuergesetz aus Nordrhein-Westfalen Anträge notwendig gewesen wären, diesen aufzuheben. Ich will ja nicht einmal Kollege Walsken hat es angedeutet - die CDU dafür verantwortlich machen, weil ich weiß, daß dies beim Koalitionspartner nicht durchsetzbar war. Aber jetzt so zu tun, als wäre es im Bundesrat gescheitert, ist schlicht und ergreifend Unsinn.

(Herbert Reul [CDU]: Haben Sie nicht dagegen gestimmt? - Helmut Diegel [CDU]: Was ist mit dem Junktim?)

- Ach, das Junktim. Selbst wenn das neue Steuerreformgesetz der Bundesregierung morgen eingebracht würde, würde es keine Zustimmung geben können, weil wiederum dieser Unsinn von 30 Milliarden DM Nettoentlastung darin genannt wird, und es werden mehr sein als diese 30 Milliarden DM.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich sage Ihnen: Diese Entlastung der Steuerzahler hat längst stattgefunden. Diese 30 Milliarden DM sind längst nicht mehr in den staatlichen Kassen. Sie sind nur bei den verkehrten Leuten angekommen. Wir müßten uns darum kümmern, daß sie dort ankommen, wo sie hingehören. Sie müssen eben bei den Normalverdienenden sein, und sie müssen bei denen sein, die Kinder haben. Das wäre der einzige und richtige Weg.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Nun gibt es so ein neues Ding vom Waigel, das er bei der Haushaltsrede am vergangenen Mittwoch eingebracht hat, nämlich eine neue Variante der Steuerreform, bei der es in der ersten Stufe nur eine Entlastung von 20 Milliarden DM gibt. Das ist eine raffinierte Geschichte, die ich zwar auf DIN A3 aufgebracht, aber leider nicht hier am Pult habe. Ich kann sie Ihnen aber schildern: Da gibt es eine ganz kleine Ecke, sozusagen die soziale Verbrämung ganz unten in dem Bereich, in dem ein bißchen gespart wird. Dann bleibt die Linie im Bereich von 20 000 bis 100 000 DM Jahreseinkommen gleich, und dann schießt sie gen Himmel. Das heißt: Diese Steuerentlastung von 20 Milliarden DM zielt auf diejenigen, die 100 000 DM bzw. als Verheiratete 200 000 DM Einkommen haben oder mehr.

(Dr. Stefan Bajohr [GRÜNE]: Sauerei!)

(C)

(D)

(Minister Heinz Schleußer)

- (A) Das ist wieder ein Flop, der da gelandet ist, und ich kann nur hoffen, daß wir zu besseren Ergebnissen kommen, wenn über die Steuerreform geredet wird.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Zur Belastung der Beamten: Wenn Sie vergleichen, Herr Kollege Diegel, was beim Bund und was in anderen Ländern geschehen ist, dann befindet sich das im Rahmen dessen, was wir Ihnen vorschlagen. Wir haben eine andere Form gewählt:

(Helmut Diegel [CDU]: Nein!)

Wir haben gestuft zwischen denjenigen, die es sich mehr leisten können, gegenüber denjenigen, die es sich weniger leisten können. Aber: In der Gesamtsumme ist Nordrhein-Westfalen bezüglich der Beamten genauso zu verhaften wie der Bund oder andere Länder - oder auch nicht. Das muß man sehen.

Ich hatte Ihnen eben bereits gesagt: Nordrhein-Westfalen hat die geringste Personalsteuerquote aller Länder, und das ist eine gute Entwicklung. Diese werden wir beibehalten, und die 50 % sind die Leitlinie der Landesregierung. Kein anderes Land kommt auch nur in die Nähe der 50 %. Es ist keine von Gott vorgegebene oder einvernehmlich diskutierte Quote, sondern wir haben uns zum Ziel gesetzt, diese Leitlinie Personal von 50 % im Mittel der Zeiten zu erreichen. Ich sage Ihnen: Wir werden diese Zahl erreichen, wir haben sie bereits mehrfach erreicht, und sie wird für uns erreichbar bleiben.

(B)

(Zuruf des Helmut Diegel [CDU])

- Nein, vor drei oder vier Jahren lagen wir bei unter 50 %. Die Zahlen könnte ich Ihnen gerne nachliefern, wenn Sie sie nicht in den Berichten finden, die wir Ihnen so zahlreich zuschicken. Es ist natürlich auch eine Frage, ob sich das lohnt.

(Helmut Diegel [CDU]: Sie müssen die Zahlen aktualisieren!)

Ich sage Ihnen nur: Wir haben in den letzten Jahren über 5 000 Stellen an Personal im bürokratischen Apparat abgebaut. Die CDU hat trotzdem recht, wenn sie sagt, daß wir fast das gleiche Personal wie vor mehreren Jahren haben. Ich frage dann aber: Wo ist dieses Personal? Allein bei der Polizei sind über 3 000 zusätzliche Kräfte eingestellt worden, wenn ich - wie es sich gehört - Anwärter und Vollzugsbeamte einbeziehe.

Seit 1989 ist Jahr für Jahr ein kräftiges Plus im Polizeibereich zu verzeichnen. Sollen wir dort Stellen reduzieren, Herr Kollege Diegel? Soll da abgebaut werden? Überall da, wo reine Administration angesprochen wird, ist systematisch abgebaut worden. Wir werden die kw-Vermerke, die es dort noch gibt, noch schneller realisieren als bisher - teilweise vermutlich vor ihrer Fälligkeit und nicht später. Nur: Wir müssen dann die Diskussion beginnen, wenn Sie glauben, man könne bei der Polizei, bei der Justiz und bei den Finanzbehörden noch weitere Stellen abbauen. Wir werden jedenfalls auf unserer Linie bleiben.

(C)

Ich will mich nicht viel zum GFG und zu dem, was Herr Diegel und Herr Leifert dazu gesagt haben, äußern. Ich habe nicht verurteilt; ich habe verglichen, wie sich bestimmte Gebietskörperschaften seit mehreren Jahren entwickelt haben. Diese Zahlen sehen für das Land nicht so gut aus wie für die Kommunen.

Ihre Schlußfolgerung, daß die Kommunen solider gewirtschaftet hätten, ist insoweit nicht richtig, als die Ausgaben des Landes in dieser Zeit niedriger waren als die der Kommunen. Das ist ein Zeichen dafür, daß wir unsere Möglichkeiten voll ausgeschöpft haben. Ich könnte Ihnen alle Vergleichszahlen der Flächenländer vorlegen. Wir sind nicht Nummer 1. Wir sind in allen Positionen, was die Gemeindefinanzierung und die direkte und begleitende Gemeindeunterstützung angeht, lediglich Nummer 2. Schleswig-Holstein ist ein klein wenig besser als wir, alle anderen Länder nicht.

(D)

Sie haben die Kindergärten angesprochen. In meiner Haushaltsrede habe ich viel dazu gesagt. Sie sind der Meinung, daß die Demos zu Recht stattgefunden hätten. Gegen wen ist denn demonstriert worden? Wer profitiert eigentlich von dem sogenannten Spargesetz? Das Land an allerletzter und nicht an erster Stelle!

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Die Träger, vor allem die konfessionellen Träger, profitieren; die Kommunen profitieren schon deutlich weniger, und das Land profitiert so gut wie gar nicht.

(Reinhold Trinius [SPD]: So ist es!)

Ich halte nichts davon, daß die anderen die Gelder einstreichen und bei uns nur die Prügel abgeliefert werden.

(Beifall bei der SPD)

(Minister Heinz Schleußer)

(A) Für die Opposition wäre es eine gute Aufgabe, die Realitäten und Fakten zu den Menschen zu bringen. Denn 10 Milliarden DM Betriebskosten seit 1991 und 1,7 Milliarden DM Investitionen vom Land sind schon beeindruckende Zahlen. Daß Nordrhein-Westfalen pro Kindergartenplatz doppelt soviel zahlt wie das nächste Land der Auflistung, könnte man auch einmal erwähnen. Das ist eine gewaltige Anstrengung gewesen.

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Herr Minister, darf ich Sie einmal unterbrechen? Würden Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Rösenberg zulassen?

Heinz Schleußer, Finanzminister: Aber sicher.

(B) **Antonius Rösenberg (CDU):** Herr Finanzminister Schleußer, im investiven Bereich weist der Haushalt eine Reduzierung der Zuwendungen an die Gemeinden um etwa 150 bis 160 Millionen DM aus, weil wir vielleicht in Zukunft weniger Plätze als bisher benötigen. Wäre die Landesregierung bereit, einen Teil dieser eingesparten Mittel zur Sicherung der Qualität der Arbeit in die Betriebskosten einzubringen?

Heinz Schleußer, Finanzminister: Nach unserem Gesetzentwurf haben wir ziemlich feste Vereinbarungen, wer welche Anteile an den Betriebskosten trägt. Daran halten wir uns. Sie sind voll im Haushalt veranschlagt. Aber Investitionen, für die wir bisher 1,7 Milliarden DM aufgebracht haben, werden wir doch nicht auf dieser Höhe belassen, wenn der Bedarf gedeckt ist. Das wäre doch Unsinn; das wären Fehlinvestitionen, die wir nicht liefern werden. Wenn Gelder nicht mehr gebraucht werden, werden sie zur Disposition gestellt.

Abschließend komme ich zum Länderfinanzausgleich. Zu Bayern und Württemberg habe ich Stellung genommen. Ich habe auch gesagt, daß ich Revisionsbedarf sehe. Wo könnte dieser Revisionsbedarf liegen? Herr Kollege Diegel, ich habe auch festgehalten, daß Bayern und Baden-Württemberg - so glaube ich - diesen Prozeß nicht gewinnen können, weil die entscheidenden Fragen schon vom Bundesverfassungsgericht bewertet und festgelegt worden sind.

(C) Die Gefahren dieser Klage sind mir in einem Gespräch mit dem sächsischen Finanzminister deutlich geworden. Denn die sogenannten Nehmerländer werden ebenfalls nach Karlsruhe gehen und einen ganz anderen Punkt beklagen, und zwar, daß in den Länderfinanzausgleich bisher nur Teile der gemeindlichen Finanzkraft eingegangen sind. Herr Kollege Leifert, wenn die nordrhein-westfälischen Gemeinden mit der vollen Finanz- und Steuerkraft in den Finanzausgleich eingerechnet werden, wird das auch die Gemeinden Milliarden kosten. Insoweit kann man nur hoffen, daß Bayern und Baden-Württemberg nicht solch einen Nebenerfolg provozieren. Er wäre schädlich für unser Land, schädlich für die Kommunen in unserem Land, und dann gäbe es vielleicht wirklich Grund, hier unstreitig über die Entwicklung zu reden und wie wir dann den Gemeinden helfen könnten.

Wir haben heute die erste Lesung; wir werden in den Ausschüssen weiter beraten. Ich hoffe, daß sich die Diskussion in den Ausschüssen und nach der Bundestagswahl mehr an den Fakten orientiert als heute. Ich glaube, daß wir einen guten Haushalt vorgelegt haben, der auch Bestand haben wird.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

(D) **Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose:** Meine Damen und Herren, nach dem Beitrag des Herrn Finanzministers liegen weitere Wortmeldungen nicht vor. Ich **schließe** hiermit den **Beratungsblock I**.

Wir **stimmen ab** über die **Überweisung des Haushaltsgesetzes Drucksache 12/3300** und der **Mittelfristigen Finanzplanung Drucksache 12/3301**. Der Ältestenrat empfiehlt die Überweisung an den **Haushalts- und Finanzausschuß** - federführend - und an die **zuständigen Fachausschüsse** mit der Maßgabe, daß die Beratung des Personalhaushalts einschließlich aller personalrelevanten Ansätze im Haushalts- und Finanzausschuß unter Beteiligung seines **Unterausschusses "Personal"** erfolgt. Wer der Empfehlung zustimmen möchte, bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dann ist das so **beschlossen**.

Ich rufe den Beratungsblock